45

3. Jahrgang / Nr. 241

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Postscheckkonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H." Breslau.
Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Mittwoch, 26. Oktober 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk.
Reklame: Die Millimeterzeile, 8gespalten oder deren Raum im Text 8.— Mk.

Der Monarchistenputsch in Ungarn

Rücktritt
gierung Wirth.

(WTB.) Berlin, 22. Oktober.
ung hat in ihrer heutigen Kabinettssitzung
ichskanzlers Dr. Wirth beschlossen, dem
e Demission zu unterbreiten.

Berlin, 22. Oktober.
r hat dem Reichspräsidenten heute abend
des Kabinetts mitgeteilt in einem Schrei-
daß die Regierung Wirth sich aus Anlaß
e Alliierten über Oberschlesien auf den
nes propagierten Parole der „Nichterfül-

die Reichsgeschäfte einstweilen weiter-
trag des Sozialdemokraten Ebert wahr-
egierung bilden.

*

ung ist zurückgetreten. Damit hat die
den ersten Teil ihres Planes durch-
ich die bürgerlichen Parteien über das
neuen Regierung nicht schlüssig ge-
rt der Schacher hinter den Kulissen an.
teultimatums beengt ihre Bewegungs-
te Pläne tauchen auf. Bald soll ein
nach dem Muster des Stegerwald-
n zusammengestellt werden. Andere
n bürgerlichen Regierung aus Demo-
der Deutschen Volkspartei unter wohl-
ung der Deutschnationalen zu berichten.
Zentrums, von dem ein großer Teil
ntscheidung über Oberschlesien geneigt
me der beiden sozialdemokratischen
ie Tatsache, daß der Reichspräsident
der Neubildung des Kabinetts beauf-
die Möglichkeit schließen, daß zur
iatums eine Linksregierung gebildet
bei die USP. natürlich einspringen
Regierung würde natürlich nur der
tinnesregierung sein. Die Stinnes-
von der Notwendigkeit befreit, etwas
Phrase zu opfern.
uchen sich aber nicht auf das Rätsel-
Ob Geschäftsministerium oder reine
er endlich ein Zwischenspiel unter
hängigen, eines ist sicher: bei allen
reien, bei dem ganzen Schacher um
die wahre Entscheidung in der Hand
ie Stinnesregierung soll kommen, und
ichgültig, welchen Weg, den kürzeren
Form, die offene oder die verkappte,
len wird, um seine Herrschaft aufzu-
nötig, lange umherzuhorchen, sich in
tiefen, um zu verstehen, was bevor-
nde gellen neue Sturmklänge an die
Arbeiter. Die ungarische Gegen-
rd dran, den letzten Teil ihres Werkes
von Habsburg hat seinen zweiten,
Staatsstreich gewagt. Von Ungarn
reich eine gerade Linie nach Bayern,
tischen Gegenrevolution. Der Mon-
arn ist ein Signal für die bayerische
und Konsorten aber schicken sich an,
egenrevolution die Krone aufzusetzen
Regierung nach ihrem Wunsche zu

r Arbeiter muß darauf gerichtet sein,
innesregierung zu verhindern. Der
r Arbeiter nach der Ermordung Erz-
revolution für einen Augenblick von
icht. Soll jener Kraftaufwand um-
Soll jetzt die Schwerindustrie, die
shält, die Macht ausüben? Soll die
daß sie durch Steuern ausgeplündert,
der letzten revolutionären Errungen-
ntages, in Fesseln geschlagen wird?
von Görlitz, da die Führer der
ehen mit Stinnes beschlossen haben,
sozialdemokratischen Arbeitern und
n festen Willen ausgedrückt, der
Koalition" den Kampf anzusagen
mt des Proletariats herzustellen.
SD. aber mißachteten diese Stimmen
aren die Beschlüsse der Mitglied-
des Wasser geschrieben. Sie haben
nd seinen Schleppenträgern geliebt-
en Parteien folgen jetzt den Winken
ch ihm mit Haut und Haar ver-
an die Möglichkeit einer Koalition
t, wer eine Koalitionspolitik be-
iel der Stinnes.
Sozialdemokratie, die Haltung der
orspolitik prinzipiell billigte, hat
fassen.

Die Arbeit der Kommunistischen Frau

Nr. 3. I. Jahrg. | Frauenbeilage zur „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" | 25. Oktober 1921

Wir sind so gemein.

Wir pflügen und säen! Wir sind so gemein,
zu schaufeln, zu graben im Grunde,
bis Wiese und Rain, bis Flut und Hain
von Früchten strotzt in der Runde.
Wohl sehen wirs ein, wir sind so gemein,
und werden es niemals vergessen;
wir kneten das Brot, wir schießen es ein,
doch sind zu gemein, es zu essen.

Wir sind so gemein, o, wir sind so gemein!
Doch spinnen wir Seide und Wolle,
daß glänzend das Lein um des Reichen Gebein
in wärmenden Falten sich rolle.
Wir kennen den Spruch, wir kennen den Fluch,
was helfen uns Jammer und Klagen?
Wir sind zu gemein nicht, zu weben das Tuch;
doch viel zu gemein, es zu tragen.

Wir sind so gemein, doch soll es so sein?
Solls immer so bleiben auf Erden?
Dem Reichen den Wein, den Glanz und den Schein;
Dem Armen nur Last und Beschwerden?
Wir sind so gemein! Doch sagen wir: Nein!
Wir müssen die Rechnung beschließen,
wir füllen den Schrein, wir werdens auch sein,
die künftig die Früchte genießen.

Jones.

Macht eure Zeitung selbst.

Die russischen Arbeiter und Bauern schreiben großenteils ihre Zeitungen selbst. Selbst die „Prawda", das Regierungsorgan der Bolschewiki, wird von „Stepan und Iwan" geschrieben. Die Großen der Feder dort haben sich hinzusetzen und die ungelenken Schriftzüge der Arbeiter in geordnete Kolonnen zu bringen. Feine journalistische Leitartikel müssen kurz sein und so geschrieben, daß jeder Arbeiter und Bauer sie versteht. Lenin selbst hat sich für eine solche Umgestaltung der Zeitung eingesetzt. Auch Sinowjews Brief über die Zeitungen, der sich genau so ausspricht, haben die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen zu lesen bekommen.

Das ist eine ganz neue Art, Zeitungen zu machen; aber es ist eine revolutionäre Art und eine proletarische Art. Es liegt ein großes tiefberechtigtes Mißtrauen gegen die flinken Federn der „Intellektuellen" darin. Wirklich — man braucht sich bloß einmal z. B. die Juniusbroschüre unserer Rosa vorzunehmen und die vielen Preßzitate kurz vor und nach Ausbruch des Weltkrieges anzusehen. Da sieht man, wie die gleichen gewandten Preßkulis an einem Tage tobende Aufrufe gegen den Krieg verfaßten und am anderen Tage nach der Mobilisationsordre wie getretene Hunde den Stiefel des Militarismus leckten.

Der ganze Ekel vor dieser flinken Zeitungsschmiererei kann einen dann überkommen.

Der Arbeiter, die Arbeiterin — das sind die Träger der Revolution. Wenn die nicht begriffen haben, was not tut, wenn sie kein Feuer für die Sache aufbringen können und nicht den großen revolutionären Opfermut gelernt haben, dann können die besten theoretischen Auseinandersetzungen nichts helfen, dann sind die feinsten politischen Debatten für die Katz.

Unlebendig waren immer die Zeitungen der alten Sozialdemokratie. Einige feine Köpfe hauten sich jahrzehntelang falsche oder wahre Theorien um die Ohren — wer nicht selbst zu der Zunft gehörte, verstand diese Radbiß und Mönche nicht einmal — die staunende Arbeiterwelt aber konnte sich behaglich auf das Zuschauen verlegen — ihre „Instanzen" wußten schon alles viel besser. Durch diese von oben herab gemachte Politik ist die Sozialdemokratie versumpft.

Politik kann man vielleicht von oben herab machen — Revolution nicht.

Die Kommunistische Partei denkt an gar nichts weiter, wie an die Wege zur Umwälzung.

Die Arbeiter werden sie machen — die Arbeiter müssen sich über die Wege klar werden. Flinke Zeitungsschreiber rauchen deshalb nicht in den Zeitungen zu schweigen — wenn sie zugleich gute Revolutionäre sind, heißt niemand sie so freudig willkommen wie die Kommunistische Partei. Aber tonangebend sollen sie nicht sein. Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben ihre traurigen Erfahrungen gemacht.

Ein Wort aus dem eigenen Erleben findet bei Klassengenossen weiten Widerhall. Deshalb — um aus den kommunistischen Zeitungen wahre Kampforgane zu machen, müssen die Arbeiter sie selbst machen.

Auch die Arbeiterinnen! In Berlin und hie und da an anderen Orten ist ein Anfang gemacht. Frauen der Arbeiterklasse schreiben die Berliner „Tribüne der proletarischen Frau". Sie kommen wöchentlich zusammen und besprechen, was notwendig sei, in der Frauenbeilage zu schreiben. Sie glauben meist, zuerst überhaupt nichts zu vermögen, und schließlich zeigt sich, daß sie sogar literarische Talente haben.

Sie sollen ja weiter gar nichts tun, als für unsere Sache Propaganda machen, auf der Versammlungstribüne die einen — mit der Feder die anderen. Ihresgleichen aufhellen, überreden, beseuern! Das können sie sehr gut, diese Frauen!

Die Frauenbeilagen aller kommunistischen Zeitungen müssen so werden.

Da gibt es Frauen in Schlesien in der Fabrikfron — Textilerinnen, Glasarbeiterinnen — ja glauben die, sie müßten nicht mithelfen an der Revolutionierung, wissen die nichts von Elend zu erzählen?

Da sind pommersche Landarbeiterinnen — was — sie verstehen keine Feder zu führen? So müssen sie es lernen!

Da sind die flinken und feinen Heimarbeiterinnen der Lausitz — sie vermöchten nicht in ihrer Zeitung zu ihren Schwestern zu sprechen?

Lernt das doch alle, ihr Arbeiterinnen — eure Zeitung selbst zu machen.

Kommt in Zirkeln zusammen und verfertigt erstmals ein gemeinsames Schriftstück und Dokument eurer Not! Schickt es dem Berliner Redakteur eurer Frauenbeilage. Er hat gar keine Lust, die Revolution der Frauen der Lausitz, Schlesiens, Pommerns und des Nordwestens allein zu machen. (Dort überall wird die Beilage beigelegt.) Seid ihr erst groß und mächtig im Schreiben geworden, dann kann jeder Bezirk seine Beilage für sich kriegen.

Natürlich müßt ihr auch die Zeitung unter die Leute bringen. Was wäre das Schreiben denn sonst für eine Propaganda?

Also — macht eure Zeitung selbst — arbeitende Frauen!

Womit werden wir unsere Winterkartoffeln bezahlen?
Woher nehmen wir das Geld für Holz und Kohle?
Wovon sollen wir uns Schuhe und Kleider kaufen?
Woher sollen wir das Geld für die Steuern nehmen?
Was wird überhaupt zum Leben übrig bleiben?

Breslauer Nachrichten.

Bauarbeiterversammlung.

Das Waldenburger Wirtschaftsamt als Lohndrücker.

In der in der Stadtbrauerei zu Waldenburg abgehaltenen Versammlung des Bauarbeiterverbandes, Zahlstelle Waldenburg, gab Koll. Scholz den Geschäftsbericht. Viel Arbeit ist im vergangenen Quertal geleistet worden, was auch von den Kollegen anerkannt wurde. Zu begrüßen ist der gute Kassenbestand, wird er doch im Winter, bei Aussetzungen und dergleichen, manchem zugute kommen.

Ueber die Feier des 9. November entspann sich eine lebhafte Debatte. Koll. Scholz gab den Beschluß des Gewerkschaftskartells bekannt, den 9. November durch Arbeitsruhe zu begehen. Alle Diskussionsredner betonten, daß der 9. November benutzt werden soll, um in mächtigen Kundgebungen der Bourgeoisie zu zeigen, daß der „Novembersturm“ das Proletariat noch lange nicht befriedigt hat, daß alle Arbeiter zusammenstehen müssen, um endgültig ein System zu beseitigen, in dem die Arbeiter ohne Hungersnot langsam zugrunde gehen.

Eine eingehende Aussprache rief der Porzellanarbeiterstreik hervor. Alle Redner schlossen sich den Ausführungen des Koll. Scholz an, wonach die Solidarität gegenüber den Streikenden heiligste Pflicht aller Arbeiter sei. Die Versammlung betonte das heiße Verlangen, daß endlich durchgeführt werden muß eine einheitliche Regelung aller Lohnkämpfe gegenüber dem geschlossenen Ansturm der Kapitalisten, der sich besonders zeige in der Kohlenverweigerung der Grubenbarone gegenüber den noch arbeitenden Porzellanbetrieben.

Nach Erledigung der Tagesordnung Müller zum Wort und legte folgen Fall klar. Am 13. Juli hatte sich Koll. Verbandsbüro wegen Arbeit gemeldet. E Geschäftsleitung nach dem Waldenburge: geschickt, welches einige Arbeiter zun brauchte. Koll. Bartsch von der Verbanl ausdrücklich, daß laut Vereinbarung das den Tariflohn bezahle. Nachdem Koll. gearbeitet hatte, teilte ihm ein Vertreter amts mit, daß der Betriebsrat einstimmig den Bauarbeitern nur den Stundenlohn d beiter von 4.25 Mark anstatt 6.50 Mark der Bauarbeiter zu bezahlen. Als sich Betriebsrat erkundigte, sagte ihm dieser, dem nichts wisse und daß die Herren vor alles auf eigene Faust machten.

Die Herren hatten also den Lohn gekürzt, und sich dann hinter dem Betri Es ist dies besonders schäbig und zu ver Leiter des Wirtschaftsamtes ein Sozialde vere Stadtrat Dr. Kreiter da ist. Als zufrieden gab, sondern den Tariflohn ver ich keine Arbeit mehr vorhanden und er

Damit nicht genug. Koll. M. verlar Nachzahlung der Differenz zwischen Tariflohn. Daraufhin erhielt er folgen

Waldenburg, den 1

Mit Rücksicht auf Ihr plötzliches, un scheiden aus unseren Diensten sehen wir u Ihrem Wunsche auf Nachzahlung des 1 ausnahmsweise zu entsprechen.

Wir verfehlen nicht, bei dieser Gelegen weisen, daß Ihnen ein Stundenlohn vo wurde, wogegen Ihnen laut Tarif nur ein zustand.

In Anbetracht der kurzen Beschäftig wir jedoch von einer Forderung auf Rück bezahlten Lohnes Abstand.

Städt.

g

Diese scharfmacherische Mitteilung e tarischen Stadtrates rief in der Versar größte Entrüstung hervor. Es wurde einstimmig beschlossen, diesen skandalösen Vorgang in der „Schles. Arbeiterzeitung“ zu veröffentlichen.

Es ist in der Tat ein skandalöser Vorgang, den sich hier ein zu „praktischer Arbeit“ hingesetzter Sozialdemokrat geleistet hat. Diese Leute, die besonders in den Gewerkschaften die Tarifbrüche der Unternehmer geißeln, geben ihren Namen und Einfluß dazu her, als Unternehmer selbst die Grundsätze jeder gewerkschaftlichen Tätigkeit zu durchbrechen. Es bestätigt sich nicht nur in Waldenburg, daß Sozialdemokraten, nur um sich am Ruder zu halten, den Bürgerlichen alle möglichen die Arbeiter schädigenden Konzessionen machen.

Werbt für die kommunistische Presse!

Der herrschenden Klasse stehen die mannigfachsten Mittel zur Verfügung, mit deren Hilfe sie das Proletariat in der Sklaverei hält. Als Beherrscherin der Produktionsmittel, zwingt die Kapitalistenklasse die Millionen und Abermillionen, unablässig zu schuften, Reichtümer zu schaffen — für ein kleines Häuflein habgieriger Müßiggänger.

Hunger, bitterste Not, Unwissenheit, ein dumpfes Dahinleben — das ist das Los der Millionen; üppiges Leben, Luxus und die auserlesensten Genüsse — das ist das „Recht“ einer kleinen Oberschicht.

Der Hunger peitscht die Massen in das schier unerträgliche Joch der Knechtschaft immer wieder hinein. Und wenn die Last der Fron zu schwer drückt, das Maß des Elends nicht mehr zu ertragen ist, und die Proletarier in Zorn und Empörung gegen die Bedrücker sich aufbäumen — dann holt die herrschende Kapitalistenbande ihre Schutzgarden, dann läßt sie ihr Waffenarsenal in Tätigkeit treten. Es ist ein reichhaltiges Waffenarsenal, das ihr zur Verfügung steht: Maschinengewehre und Minenwerfer, Flintenläufe und Galgen, Zuchthäuser und Gefängnisse, Staatsanwälte und Richter, Polizei und Bürokratie — alles dient ihr, um jedes Aufbäumen, jeden Versuch, das Joch der Ausbeutung abzuschütteln, brutal niederzuschlagen.

Allein, diese brutalen Machtmittel, so wirksam sie auch sind, würden niemals genügen, um die Herrschaft der Ausbeuter aufrecht zu erhalten. Die Zeole der Arbeiter

Für Sowjet-Rußland.

Vor kurzem konnten wir die Nachricht bringen, daß die Zahlstelle Waldenburg des Deutschen Bauarbeiterverbandes 1000 Mark für Rußland bewilligt hat. Heute geht uns die Nachricht zu, daß die Zahlstelle Langenbielau ebenfalls beschlossen hat, 500 Mark an die Arbeiterhilfe für Sowjetrußland zu zahlen.

Das Gewerkschaftskartell Langenbielau beschloß ebenfalls, sofort Sammellisten herauszugeben, um den russischen Brüdern zu helfen.

Arbeiter überall, beherzigt das Beispiel der Langenbielauer Kollegen und eifert ihnen nach.

Zirkus Busch. Man darf wohl nicht annehmen, daß die Zirkusdirektion geneigt ist, die ganze Winterspielzeit mit ähnlichen Darbietungen auszufüllen, wie das zur Eröffnung der Wintersaison übernommene „Spiel in vier Bildern Ueber'n großen Teich“. Der Fabrikant des „Spiels“, Adolf Klitzing, der offenbar im November 1918 wie die Front- und

Wer Wichtiges weiß über d der monarchistischen Ge über das Treiben der organisationen“, melde sich auf i der „Schlesischen Arbeiterzeitun werden vergütet.

Eröffnung der Winte

vom 1. bis 31. Okto

10

brillante Attrakti

Die alte Höllerin.

Vielleicht war sie gar nicht so alt, wie dies damals meine Kinderaugen deuchte. Vielleicht hatten nur Sorgen und Entbehrungen ihr gütiges Gesicht so tief gefurcht, Mühen und überharte Arbeit ihren Leib gekrümmt, ihr Haar vorzeitig gebleicht.

Sie war als junge Witwe eines Landarbeiters mit vier kleinen Kindern zurückgeblieben und verdingte sich als Tagelöhnerin. Jahrein, jahraus wanderte sie von dem eine Stunde entfernten Dorf in den kleinen Kurort, um dort in einem Garten zu arbeiten. Jahrein, jahraus, bis aus der jungen Frau die „alte Höllerin“ geworden war.

Im Sommer langte sie um sechs Uhr morgens an, arbeitete in Sonnenglut und Hitze unermüdlich bis zum Abend, kaum daß sie sich mittags Zeit nahm, das kärgliche, mitgebrachte Essen zu verzehren.

Im Winter stand die alte Frau bis über die Knöchel im Schnee und schaufelte die Wege aus.

Die zwei Söhne starben noch als Kinder, die beiden Töchter zogen in die Stadt. Sie schickten der Mutter kein Geld heim, dafür aber im Verlauf von zehn Jahren vier kleine, vaterlose Kinder, die die alte Frau erhalten mußte.

Kam sie abends todmüde heim, so galt es, für die Kinder nähen und flicken, sie warten und pflegen. Nie gab es in diesem Leben einen Augenblick Rast, nie durften die erschöpften Glieder ruhen.

Und eines schönen Tages ging es nicht mehr, die alte Frau vermochte sich nicht vom Bett zu erheben, das einzige, was ihr tapferes Herz stets gefürchtet hatte, geschah — sie fiel der Gemeinde zur Last.

Vierzig Jahre ihres Lebens hatte sie gearbeitet, ohne Rast und es blieb ihr kein Groschen, um sich die alten Tage erträglich zu gestalten.

Sie starb im Spital, und die Sorge um die Enkelkinder erschwerte ihren Tod.

Eine ganz alltägliche, kleine Geschichte, nicht besonders interessant, nicht einmal rührend. Weshalb habe ich sie, wenn ich dies selbst einsehe, erzählt?

Weil ich neulich in einer Berliner Wochenschrift eine kleine Skizze las, „Die Comtesse“ betitelt, in der in rührseligster Art das Schicksal verarmter Aristokratie geschildert wird.

Da fiel mir die alte Höllerin ein. Soll man wirklich sein Mitleid an Leute vergeuden, die zeitlebens gut und angenehm gelebt haben und denen es jetzt schlecht geht? Haben diese Menschen, mit wenigen Ausnahmen, sich je um das Elend und die Not der anderen gekümmert, ja, auch nur einen Augenblick gefragt: mit welchem Recht genieße ich, der ich nichts tue, ein angenehmes Leben, während andere darben, während kleine Kinder hungern und müde alte Frauen sich zu Tode arbeiten?

Haben die Leute, die selbst nie Mitleid gekannt haben, ein Recht auf Mitleid?

Der Autor der kleinen Skizze erzählt gerührt, wie eine gealterte Gräfin auf wappengeschmücktem Silberteller trockenes Brot ißt. Wie viele alte Frauen haben trockenes Brot gegessen .., ist die Tatsache weniger ergreifend, weniger zur gerechten Wut aufpeitschend, weil das Brot nicht auf wappengeschmücktem Silberteller lag?

Ist jetzt wirklich der geeignete Augenblick, rührselig zu werden, weil etliche Parasiten endlich erfahren, was das wirkliche Leben bedeutet?

Vierzig Jahre unentwegter Arbeit in Sonnenglut und kaltem Wind und schließlich ein schwarzes Holzkreuz, das die Gemeinde bezahlt hat.

Und als Gegenstück die alte Gräfin, die von einstigen Eroberungen am Wittelsbacher Hofe träumt, genügend Geld und Zeit hat, um träumen zu können.

Diese wird in Eberts Deutschland einst sicherlich mit Ehren in der Familiengruft bestattet werden, mit allen Titeln und Würden. Die wahre Aristokratin der Arbeit liegt unter dem schwarzen, von der Gemeinde bezahlten Holzkreuz, auf dem bloß die Worte stehen: „Frau Maria Höller, gestorben in ihrem 65 Lebensjahr. R. I. P.“

Arbeitslosigkeit und Nachtschicht der Frauen.

Als zu Anfang des Jahres die Arbeitslosigkeit ins Ungeheure stieg, die Not der Arbeitslosen immer höher und höher wurde, sahen sich die Gewerkschaftsinstanzen genötigt, zu der allgemeinen Verelendung der Arbeitermassen, insbesondere der Arbeitslosen Stellung zu nehmen. Der ADGB. als Spitzenorganisation stellte die 10 Punkte auf. In diesen wurde dadurch, daß man als wesentlichste Forderung die Einreihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß erhob, klipp und klar anerkannt, daß die Arbeitslosigkeit zu einer Gefahr für breite Schichten der Arbeiter auswachsen würde, wenn nicht je eher, je besser Maßnahmen gegen die weitere Verbreitung der Arbeitslosigkeit getroffen werden. Sollten diese 10 Punkte nicht nur auf dem Papier stehen bleiben und war man ernstlich gewillt, seine eigentliche Aufgabe als Arbeiterorganisation, die Arbeiter vor völliger Verelendung zu schützen, zu erfüllen, so bedeutete die Durchführung dieser Forderungen die Aufnahme des Kampfes mit dem Unternehmertum und somit den Kampf mit den herrschenden Klassen. Der Kampf, der einmal aufgenommen, durch die Riesenmacht der organisierten Arbeiter und Angestellten in ihrer Millionenzahl dem Proletariat den endgültigen Sieg über seine Ausbeuter gebracht hätte. Was ist geschehen? Zu Dutzenden und Aberdutzenden Malen ist bewiesen worden, daß man ernsthaft überhaupt nicht daran dachte, den Kampf wegen seiner aufgestellten Forderungen aufzunehmen, ja selbst kompetente Vertreter des ADGB. haben erklärt, daß es unmöglich sei, deswegen einen Generalstreik zu führen. Die Folgen dieses Verrats an der Arbeiterschaft haben sich mit schrecklicher Deutlichkeit eingestellt. Das Kapital ist mehr denn je gefestigt, und die Konzentration desselben ist eine gewaltige geworden. Hauptsächlich in der Metallindustrie ist sich das Unternehmertum seiner Macht bewußt. Es schreckt durchaus nicht davor zurück, das Heer der Arbeitslosen durch Massenentlassungen und Aussperrungen zu vergrößern. Man geht sogar dazu über, in Großbetrieben in einzelnen Abteilungen, in denen zum größten Teil nur Arbeiterinnen beschäftigt sind, Nachtschicht einzuführen. Arbeiterinnen, die auf Grund ihrer körperlichen Konstitution und durch die jahrelange Unterernährung, die psychische und körperliche Kraft nicht mehr haben, sollen durch ein brutales Unternehmertum noch mehr ausgebeutet werden. Ohne einen Pfennig Extravergütung,

Proletarierkindheit.

Hochsommer. Heiß brütet die Sonne über dem kleinen Städtchen an der Warthe. In dem Schulzimmer herrscht große Unruhe, ein Durcheinander von hellen Kinderstimmen. Da tritt der Lehrer zur Tür herein und im Moment herrscht Totenstille; die Kleinen stehen auf und stehen stramm, wie auf dem Kasernenhof. „Setzt Euch!“ Gehorsam setzen sich die Kinder und jedes der Knaben und Mädchen ist bemüht, sich hinter seinem Vordermann zu verstecken, denn der Gewaltige scheint schlechtgelaunt zu sein. Jetzt zieht er einen Brief aus der Tasche, liest ihn, noch mehr verdüstert sich sein Gesicht. Dreißig Kinderherzen schlagen bang und schwer, dreißig Paar Kinderaugen blicken angstvoll auf den Lehrer: wem gilt wohl das aufziehende Gewitter? „Kurt Riemer, komm vor.“ Ein schmächtiges Kerlchen von zehn Jahren, ärmlich gekleidet, barfuß, große Kinderaugen in einem greisenhaft bleichen Gesicht steht vor dem Lehrer, das schmale Körperchen zittert vor Angst. „Du hast gestern Aepfel gestohlen. Wie heißt das fünfte Gebot?“ „Herr Lehrer, ich hab nicht gestohlen“, stottert der Knabe. „Was, Du lügst noch? Du bist sogar über den Zaun geklettert, hier ist der Brief von Herrn Ritter. Willst Du jetzt die Wahrheit sagen?“ „Herr Lehrer, ich habe, ich habe — nein gestohlen habe ich wirklich nicht“, dicke Tränen laufen dem Kinde über das schmale Gesicht. „Du hergelaufener Strolch, willst Du vielleicht Herrn Ritter einen Lügner nennen? Hier hast Du erst mal fünf für Dein Lügen. Bück Dich, los!“ Fünfmal durchschnitt der Rohrstock sausend die Luft, fünfmal schrie der Knabe auf vor Schmerz und taumelte wie betrunken gegen die Bänke „So, du Strolch, willst Du jetzt die Wahrheit sagen?“ „Einen, einen einzigen habe ich genommen, ich hatte solchen Hunger“, schluchzte der Knabe. „Mit solchen Ausreden komm mir nur nicht, du verlogener Bengel. Ich werde Dir beibringen fremder Leute Eigentum zu achten und nicht über die Zäune zu klettern.“ „Und warum sind denn die Zäune da? Wenn die nicht wären, brauchten wir nicht darüber zu klettern“. Ein kleines Mädel auf der letzten Bank war aufgesprungen und hatte mit zornfunkelnden Augen die Frage hinausgeschrien. Einen Augenblick stand der Lehrer sprachlos, aber dann stürzt er durch die Klasse und schlägt unbarmherzig auf die Kleine ein. „Du freches Ding, Du hast nur zu sprechen, wenn Du gefragt wirst, verstehst Du? Du gehörst auch zu den Tagedieben; wenn Ihr einmal ordentliche Menschen werdet und nicht ins Zuchthaus kommt, habt Ihr es mir zu danken. Ihr bleibt heute beide zwei Stunden nach und schreibt hundertmal: Du sollst nicht stehlen, und hundertmal: Ich soll mich anständig betragen.“

Die Stunden ziehen sich endlos hin; der Knabe kann nicht folgen, Schmerz und Scham wühlen in ihm. Er ist der Sündenbock der ganzen Klasse, immer hungrig und schlecht gekleidet, als einziges uneheliches Kind wird er zurückgesetzt und lächerlich gemacht, trotzdem er einer der Intelligentesten ist. Zu Haus darf er nicht klagen, die

3. Jahrgang / Nr. 241

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 25 Pfg.

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Postscheckkonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H." Breslau. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8837.

Mittwoch, 26. Oktober 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 8gespalten oder deren Raum im Text 8.— Mk.

Der Monarchistenputsch in Ungarn.

denn man braucht doch schließlich das doppelte Essen, werden wir gezwungen, Nachtschicht zu machen. Die in vielen Fällen dem Kapital Handlangerdienste leistenden Betriebsräte scheuen sich nicht davor, ihren Klassengenossinnen diese Ausbeutungsmethoden anzuempfehlen. Jeder Arbeiter weiß aus eigener Erfahrung, daß es in vielen Fällen vorgekommen ist, daß Arbeiterinnen während der Arbeit in der Nachtschicht krank und ohnmächtig geworden sind. Die Gefahr der Arbeit an der Maschine durch Uebermüdung der Arbeiterinnen ist bedeutend größer, so daß jeder menschlich fühlende Arbeiter sagen muß, daß jedwede Einführung einer Nachtschicht ein Verbrechen an der Gesundheit unserer Frauen und Mädchen bedeutet. Arbeiterinnen! Ihr seht, mit Eurer Gesundheit soll Raubbau getrieben werden. Seid Euch der Folgen der Nachtschicht voll und ganz bewußt. Ihr seid nicht in der Lage, Eurem Körper von den paar Pfennigen etwas mehr anzutun. Darum seid einig, verweigert jede Nachtschicht, erhaltet Euch Eure Gesundheit, stellt Euch alle hinter die, die es gut mit Euch meinen. Nur geschlossen und geeinigt werden wir siegen.

Frauenlöhne, die das Arbeitsamt verbietet.

Aus einer Lokalnotiz eines Hamburger Blattes entnehmen wir eine ziemlich trockene Feststellung, die sich auf die Löhne der vom dortigen Arbeitsamt vermittelten Kartoffelbuddlerinnen bezieht.

Dort werden Arbeiterinnen, die von Landarbeit keine Ahnung haben, die nur das „Verbrechen" begangen haben, schon lange zu „stempeln", auf die umliegenden Güter geschickt. Zum Teil sollen sie ohne Barlohn arbeiten und nur mit 60 Pfund Kartoffeln am Tage abgelohnt werden.

Auf einem Gut bei Wandsbek sollen die Arbeiterinnen im Akkord Kartoffeln buddeln. Sie bekommen eine Reichsmark pro Zentner. Die Kartoffeln werden gegraben — im Höchstfall macht eine geübte Landarbeiterin 20 Zentner Kartoffeln am Tage aus. Die armen ungeübten Kontoristinnen, Schneiderinnen und Ladenmädchen, die vom städtischen Arbeitsamt gezwungen werden, den Agrariern die Kartoffeln auszumachen, können kaum die Hälfte schaffen. Rechne man sich aus, was sie verdienen.

Das Charlottenburger Arbeitsamt hilft den langfristig erwerbslosen Frauen in gleicher Weise auf die Beine.

Diese ältlichen Frauen, ausgepreßt durch den kapitalistischen Produktionsprozeß wie Zitronen, verkümmert ihr bißchen Unterstützung verzehrend, bekommen nirgends mehr Arbeit. Sie sind zum langsamen Hungertod verurteilt. Aber man läßt sie nicht ungestört in ihren elenden Winkeln verschmachten. Das städtische Arbeitsamt sorgt dafür, daß die morschen Knochen noch einmal in eine Knochenmühle wandern. Diese dauererwerbslosen Frauen werden vom städtischen Arbeitsamt zu häuslichen Diensten gepreßt, und zwar zu Schandlöhnen. Sie müssen Waschstellen annehmen für 14 M. den Tag!

Die „humanen" Arbeitgeberinnen dieser Aermsten nehmen sie aber nur an, wenn sie sich verpflichten, länger als acht Stunden zu arbeiten, denn „sie sind ja schon alt und können nicht mehr so viel schaffen wie eine Junge. In acht Stunden würde eine junge Wäscherin fertig werden, da Sie das nicht können, arbeiten Sie eben länger".

Wollen Sie nicht, dann gilt das als Weigerung der Annahme der Arbeit und dann wird ihnen die Unterstützung entzogen.

Frauenpropaganda im Bockwitzer Ländchen.

Am Freitag, den 14. Oktober, fand in Bockwitz zum ersten Male eine öffentliche Frauenversammlung statt, in der Genossin Braunthal aus Berlin über Mutter und Kind in Sowjetrußland sprach. Trotz des plötzlich einsetzenden Regens waren viele Genossinnen aus den umliegenden Dörfern, Nauendorf, Mückedorf usw., erschienen, die atemlos den eindringlichen Worten der Genossin Braunthal lauschten. Großen Eindruck machten die Schilderungen der Referentin über die liebevolle Staatsfürsorge Rußlands für die Schwangeren, Wöchnerinnen, Mütter und vor allem für die Kinder, dem das kapitalistische Deutschland nichts Aehnliches an die Seite zu stellen hat. Ueberzeugend kam auch durch das Referat zum Ausdruck die große Rolle, die Rußlands Frauen beim wirtschaftlichen Aufbau, auf dem Gebiete der Volkserziehung und bei der Verteidigung des Sowjetsystems gespielt haben und wie sehr gerade die proletarischen Frauen Deutschlands durch ihre aktive Solidarität, durch ihre Einreihung in den Klassenkampf des internationalen Proletariats den schweren Leidensweg unserer russischen Schwestern abkürzen müssen.

In der Diskussion unterstrich ein Genosse die Ausführungen der Referentin. Nach der Versammlung fand dann noch eine kleine Aussprache mit den anwesenden proletarischen Frauen statt, um ihnen die Notwendigkeit des organisatorischen Zusammenschlusses, die Wahl einer Frauenagitationskommission, die Propaganda in den Betrieben, die Mitarbeit an der Frauenbeilage der „Roten Fahne der Lausitz" begreiflich zu machen. Es schien, als ob diesen Frauen, die wohl zum ersten Male in ihrem Leben gehört haben, welche große Verantwortung sie vor der Gesellschaft, vor der internationalen Arbeiterklasse haben und wieviel im Kampf um die Diktatur und während der Diktatur des Proletariats von ihrer Einsicht und ihrer Mitwirkung abhängt, nunmehr ein Licht aufgegangen ist. Freudig und vertrauensvoll versprachen sie, ihr Möglichstes zu tun, um die Frauenbewegung auch im Bockwitzer Ländchen auf die Beine zu bringen, die „Kommunistin" und Frauenliteratur zu verbreiten und selbst nach Kräften mitzuarbeiten an dem Ausbau der Organisationen und ihrer Frauentribüne. Wir wollen hoffen, daß der Erfolg dieser Bemühungen im Bockwitzer Ländchen bald sichtbar in Erscheinung treten wird.

Amerikanische Hilfsaktion für die Kinder.

Die Hilfsaktion der amerikanischen Quäker hat zugunsten der Hungernden 5 Waggons Kondensmilch und 7 Waggons Reis gespendet. Die amerikanische Hilfsadministration beabsichtigt, im ganzen Notstandsgebiet ein Netz von Kinderspeisestellen zu errichten. Die amerikanische Hilfsadministration hat auch die Beförderung von Lebensmittelpaketen aus Amerika übernommen.

Rücktritt [der Re]gierung Wirth.

(WTB.) Berlin, 22. Oktober.

[...]ung hat in ihrer heutigen Kabinettssitzung [...]eichskanzlers Dr. Wirth beschlossen, dem [...]re Demission zu unterbreiten.

Berlin, 22. Oktober.

[...]er hat dem Reichspräsidenten heute abend [...] des Kabinetts mitgeteilt in einem Schrei[...]t, daß die Regierung Wirth sich aus Anlaß [...]er Alliierten über Oberschlesien auf den [...]nnes propagierten Parole der „Nichterfül[...]

[...]d die Reichsgeschäfte einstweilen weiter[...]ftrag des Sozialdemokraten Ebert wahr[...] Regierung bilden.

*

[...]rung ist zurückgetreten. Damit hat die [...]tei den ersten Teil ihres Planes durch[...] sich die bürgerlichen Parteien über das [...]er neuen Regierung nicht schlüssig ge[...]iert der Schacher hinter den Kulissen an. [...]enteultimatums beengt ihre Bewegungs[...]ene Pläne tauchen auf. Bald soll ein [...]m nach dem Muster des Stegerwald[...]ßen zusammengestellt werden. Andere [...]ein bürgerlichen Regierung aus Demo[...]d der Deutschen Volkspartei unter wohl[...]tzung der Deutschnationalen zu berichten. [...]es Zentrums, von dem ein großer Teil [...] Entscheidung über Oberschlesien geneigt [...]ahme der beiden sozialdemokratischen [...] die Tatsache, daß der Reichspräsident [...]it der Neubildung des Kabinetts beauf[...]uf die Möglichkeit schließen, daß zur [...]imatums eine Linksregierung gebildet [...]wobei die USP. natürlich einspringen [...]ge Regierung würde natürlich nur der [...] Stinnesregierung sein. Die Stinnes[...]rch von der Notwendigkeit befreit, etwas [...]len Phrase zu opfern.

[...]brauchen sich aber nicht auf das Rätsel[...] Ob Geschäftsministerium oder reine [...] oder endlich ein Zwischenspiel unter [...]abhängigen, eines ist sicher: bei allen [...]ebereien, bei dem ganzen Schacher um [...]iegt die wahre Entscheidung in der Hand [...]

Die Stinnesregierung soll kommen, und [...] gleichgültig, welchen Weg, den kürzeren [...]che Form, die offene oder die verkappte, [...]wählen wird, um seine Herrschaft aufzu[...]ht nötig, lange umherzuhorchen, sich in [...]vertiefen, um zu verstehen, was bevor[...] Stunde gellen neue Sturmklänge an die [...]en Arbeiter. Die ungarische Gegen[...]f und dran, den letzten Teil ihres Werkes [...]rl von Habsburg hat seinen zweiten, [...]n Staatsstreich gewagt. Von Ungarn [...]sterreich eine gerade Linie nach Bayern, [...] deutschen Gegenrevolution. Der Mon[...] Ungarn ist ein Signal für die bayerische [...]nes und Konsorten aber schicken sich an, [...]r Gegenrevolution die Krone aufzusetzen [...]eine Regierung nach ihrem Wunsche zu

[...]n der Arbeiter muß darauf gerichtet sein, [...] Stinnesregierung zu verhindern. Der [...]h der Arbeiter nach der Ermordung Erz[...]genrevolution für einen Augenblick von [...]scheucht. Soll jener Kraftaufwand um[...]t? Soll jetzt die Schwerindustrie, die [...]t aushält, die Macht ausüben? Soll die [...]en, daß sie durch Steuern ausgeplündert, [...]ung der letzten revolutionären Errungen[...]undentages, in Fesseln geschlagen wird? [...]Tage von Görlitz, da die Führer der [...]nengehen mit Stinnes beschlossen haben, [...]von sozialdemokratischen Arbeitern und [...] ihren festen Willen ausgedrückt, der [...]ßen Koalition" den Kampf anzusagen [...]e Front des Proletariats herzustellen. [...]r SPD. aber mißachteten diese Stimmen [...] sie waren die Beschlüsse der Mitglied[...]eßendes Wasser geschrieben. Sie haben [...]s und seinen Schleppenträgern gleich[...]rlichen Parteien folgen jetzt den Winken [...]en sich ihm mit Haut und Haar ver[...] noch an die Möglichkeit einer Koalition [...]glaubt, wer eine Koalitionspolitik be[...]s Spiel der Stinnes.

[...] der Sozialdemokratie, die Haltung der [...]oalitionspolitik prinzipiell billigte, hat [...]t geschaffen.

Mutter muß schwer arbeiten, um mit Feldarbeit und Waschen für zwei Menschen Brot zu schaffen und alle die Bitterkeiten, die das Leben ihr zufügt, läßt sie das Kind fühlen in dem Wahn, daß dieses die Ursachen ihrer Not sei.

Das geschlagene Mädchen sitzt da mit trotzigem Gesicht und denkt darüber nach, wie sie sich für die erlittene Schmach, denn so empfindet sie die Schläge, rächen kann. Sie haßt den Lehrer mit der ganzen Kraft ihrer Jugend und alle bösen Instinkte werden wach, wenn sie ihn nur sieht.

Die Schule ist aus und alle Kinder gehen nach Haus bis auf die zwei, noch ein böser Blick des Lehrers und sie sind allein. Der Knabe sitzt still und weint. „Du", sagt das Mädel, „wein doch nicht, wenn wir groß sind, schlagen wir ihn tot, dann kann er niemand mehr schlagen." „Ich muß doch nachmittags aufs Feld Kartoffeln lesen und wenn ich zu spät komme, kann ich nicht mehr gehen und dann schlägt mich die Mutter." „Wenn ich nicht pünktlich nach Haus komme, bekomme ich nichts zu essen, und dann muß ich auch Aepfel stehlen gehen", sagt betrübt das Mädel und denkt an all das, was sich daraus entwickeln könnte. „Weißt Du was, wir laufen einfach fort." — „Warum bekommst Du nichts zu essen, wenn Du später kommst?" „Ich muß Aehren lesen gehen, wenn ich gegessen habe, und wenn ich so spät komme, sagt Vater, ich sei faul und wolle nichts tun, und dann brauchte ich auch nichts zu essen." „Aber, wenn wir weglaufen, gibt's morgen wieder Prügel." „Und wenn wir hier bleiben, gibt's zu Hause welche." Still ist's im Zimmer, nur die Fliegen summen. Da plötzlich denkt das Mädel daran, daß die Mutter immer weint, wenn es vom Vater geschlagen wird, und daß Zank zwischen den Eltern ist, und nun ist kein Halten. „Ich gehe, kommst Du mit?" Leise und vorsichtig schleichen sie die Treppe hinunter und fort. Für heute sind sie frei und morgen kann das Martyrium von neuem beginnen.

So ging dieser Kampf Tag um Tag, ein Jahr und noch ein Jahr, und dann war der Knabe erlegen. Eines Abends war er fortgelaufen und nicht wiedergekommen. Am nächsten Morgen fand man ihn an einem Pflaumenbaum erhängt. Er wurde an der Kirchhofsmauer verscharrt abseits aller „anständigen" Menschen und die einzige Leidtragende war seine kleine Leidensgenossin, die treu zu ihm gehalten hatte. Oftmals, wenn die Schläge gar zu weh taten, dachte sie an den Weg, den ihr kleiner Freund gegangen war und sie wäre ihn auch gegangen, wenn sie nicht einen anderen Freund gefunden hätte, einen alten Bäckergesellen, der auch vom Leben zerschunden war. Bei ihm saß sie jede freie Minute, die sie sich abstehlen konnte, sang ihm ihre Kinderlieder vor und half ihm Pfefferkuchenherzen bemalen. Dort im Winkel der Backstube war der einzige Platz, wo sich das Mädchen zu Hause fühlte und das Verständnis des alten Bäckers und die Pfefferkuchenherzen, die sie hin und wieder geschenkt bekam, waren so ziemlich die einzigen Lichtblicke in dem freudlosen Leben dieses Proletarierkindes.

Grete Bolze.

Breslauer Nachrichten.

Bauarbeiterversammlung.

Das Waldenburger Wirtschaftsamt als Lohndrücker.

In der in der Stadtbrauerei zu Waldenburg abgehaltenen Versammlung des Bauarbeiterverbandes, Zahlstelle Waldenburg, gab Koll. Scholz den Geschäftsbericht. Viel Arbeit ist im vergangenen Quartal geleistet worden, was auch von den Kollegen anerkannt wurde. Zu begrüßen ist der gute Kassenbestand, wird er doch im Winter, bei Aussetzungen und dergleichen, manchem zugute kommen.

Ueber die Feier des 9. November entspann sich eine lebhafte Debatte. Koll. Scholz gab den Beschluß des Gewerkschaftskartells bekannt, den 9. November durch Arbeitsruhe zu begehen. Alle Diskussionsredner betonten, daß der 9. November benutzt werden soll, um in mächtigen Kundgebungen der Bourgeoisie zu zeigen, daß der „Novembersturm" das Proletariat noch lange nicht befriedigt hat, daß alle Arbeiter zusammenstehen müssen, um endgültig ein System zu beseitigen, in dem die Arbeiter ohne Hungersnot langsam zugrunde gehen.

Eine eingehende Aussprache rief der Porzellanarbeiterstreik hervor. Alle Redner schlossen sich den Ausführungen des Koll. Scholz an, wonach die Solidarität gegenüber den Streikenden heiligste Pflicht aller Arbeiter sei. Die Versammlung betonte das heiße Verlangen, daß endlich durchgeführt werden muß eine einheitliche Regelung aller Lohnkämpfe gegenüber dem geschlossenen Ansturm der Kapitalisten, der sich besonders zeige in der Kohlenverweigerung der Grubenbarone gegenüber den noch arbeitenden Porzellanbetrieben.

Nach Erledigung der Tagesordnung
Müller zum Wort und legte folgen
Fall klar. Am 13. Juli hatte sich Koll.
Verbandsbüro wegen Arbeit gemeldet. E
Geschäftsleitung nach dem Waldenburge
geschickt, welches einige Arbeiter zun
brauchte. Koll. Barisch von der Verban
ausdrücklich, daß laut Vereinbarung da
den Tariflohn bezahle. Nachdem Koll.
gearbeitet hatte, teilte ihm ein Vertreter
amts mit, daß der Betriebsrat einstimmig
den Bauarbeitern nur den Stundenlohn t
beiter von 4.25 Mark anstatt 6.50 Mark
der Bauarbeiter zu bezahlen. Als sich t
Betriebsrat erkundigte, sagte ihm dieser,
dem nichts wisse und daß die Herren vo
alles auf eigene Faust machten.

Die Herren hatten also den Lohn
gekürzt, und sich dann hinter dem Betri
Es ist dies besonders schäbig und zu ver
Leiter des Wirtschaftsamtes ein Sozialde
dere Stadtrat Dr. Kreiter da ist. Als si
zufrieden gab, sondern den Tariflohn ver
sich keine Arbeit mehr vorhanden und er

Damit nicht genug. Koll. M. verla
Nachzahlung der Differenz zwischen
Tariflohn. Daraufhin erhielt er folgen

Waldenburg, den 1

Mit Rücksicht auf Ihr plötzliches, u
scheiden aus unseren Diensten sehen wir u
Ihrem Wunsche auf Nachzahlung des
ausnahmsweise zu entsprechen.

Wir verfehlen nicht, bei dieser Gelegen
teilen, daß Ihnen ein Stundenlohn vo
wurde, wogegen Ihnen laut Tarif nur ei
zustand.

In Anbetracht der kurzen Beschäftigu
wir jedoch von einer Forderung auf Rückz
bezahlten Lohnes Abstand.

Städt.
g

Diese scharfmacherische Mitteilung
kratischen Stadtrates rief in der Versa

größte Entrüstung hervor. Es wurde einstimmig beschlossen, diesen skandalösen Vorgang in der „Schles. Arbeiterzeitung" zu veröffentlichen.

Es ist in der Tat ein skandalöser Vorgang, den sich hier ein zu „praktischer Arbeit" hingesetzter Sozialdemokrat geleistet hat. Diese Leute, die besonders in den Gewerkschaften die Tarifbrüche der Unternehmer geißeln, geben ihren Namen und Einfluß dazu her, als Unternehmer selbst die Grundsätze jeder gewerkschaftlichen Tätigkeit zu durchbrechen. Es bestätigt sich nicht nur in Waldenburg, daß Sozialdemokraten, nur um sich am Ruder zu halten, den Bürgerlichen alle möglichen die Arbeiter schädigenden Konzessionen machen.

Werbt für die kommunistische Presse!

Der herrschenden Klasse stehen die mannigfachsten Mittel zur Verfügung, mit deren Hilfe sie das Proletariat in der Sklaverei hält. Als Beherrscherin der Produktionsmittel, zwingt die Kapitalistenklasse die Millionen und Abermillionen, unablässig zu schuften, Reichtümer zu schaffen — für ein kleines Häuflein habgieriger Müßiggänger.

Hunger, bitterste Not, Unwissenheit, ein dumpfes Dahinleben — das ist das Los der Millionen; üppiges Leben, Luxus und die auserlesensten Genüsse — das ist das „Recht" einer kleinen Oberschicht.

Der Hunger peitscht die Massen in das schier unerträgliche Joch der Knechtschaft immer wieder hinein. Und wenn die Last der Fron zu schwer drückt, das Maß des Elends nicht mehr zu ertragen ist, und die Proletarier in Zorn und Empörung gegen die Bedrücker sich aufbäumen — dann holt die herrschende Kapitalistenbande ihre Schutzgarden, dann läßt sie ihr Waffenarsenal in Tätigkeit treten. Es ist ein reichhaltiges Waffenarsenal, das ihr zur Verfügung steht: Maschinengewehre und Minenwerfer, Flintenläufe und Galgen, Zuchthäuser und Gefängnisse, Staatsanwälte und Richter, Polizei und Bürokratie — alles dient ihr, um jedes Aufbäumen, jeden Versuch, das Joch der Ausbeutung abzuschütteln, brutal niederzuschlagen.

Allein, diese brutalen Machtmittel, so wirksam sie auch sind, würden niemals genügen, um die Herrschaft der Aus-

Für Sowjet-Rußland.

Vor kurzem konnten wir die Nachricht bringen, daß die Zahlstelle Waldenburg des Deutschen Bauarbeiterverbandes 1000 Mark für Rußland bewilligt hat. Heute geht uns die Nachricht zu, daß die Zahlstelle Langenbielau ebenfalls beschlossen hat, 500 Mark an die Arbeiterhilfe für Sowjetrußland zu zahlen.

Das Gewerkschaftskartell Langenbielau beschloß ebenfalls, sofort Sammellisten herauszugeben, um den russischen Brüdern zu helfen.

Arbeiter überall, beherzigt das Beispiel der Langenbielauer Kollegen und eifert ihnen nach.

Zirkus Busch. Man darf wohl nicht annehmen, daß die Zirkusdirektion geneigt ist, die ganze Winterspielzeit mit ähnlichen Darbietungen auszufüllen, wie das zur Eröffnung der Wintersaison übernommene „Spiel in vier Bildern Ueber'n großen Teich". Der Fabrikant des „Spiels", Adolf

Wer Wichtiges weiß über t
der monarchistischen Ge
über das Treiben der
organisationen", melde sich auf
der „Schlesischen Arbeiterzeitu
werden vergütet.

Weckruf! Jugendbeilage der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung"

Alt und Jung bei den Kommunisten.

Von B. Ziegler (Moskau).

Seit Maschinen für den Bedarf der Menschen arbeiten, haben an ihnen junge neben den alten Arbeitern gestanden und gewirkt. Erst als Lehrlinge, um deren Ausbildung sich die Erwachsenen kümmern mußten, bald aber, als die Kapitalisten die gute und dabei so billige Arbeitskraft der Jugendlichen zu schätzen anfingen, auch als Vollarbeiter. Die erwachsenen Arbeiter und ihre Organisationen haben sich seinerzeit um diese Tatsache nicht viel gekümmert. Die sozialdemokratischen Parteien segelten gerade im besten reformistischen Fahrwasser und dachten nicht daran, wegen ein paar Jugendlichen mit den Kapitalisten einen Streit zu riskieren.

So entstand die selbständige Jugendbewegung, indem die Jugend sich selbst aufraffte, für ihre Interessen zu kämpfen.

Aber diese Kämpfe für die nackten Interessen der vernachlässigten Jugend führten bald weiter: die Jugend machte nicht Halt vor den Interessen der Geldsäcke und kam deshalb in Konflikt mit den reformistischen Parteien. Diese wieder suchten die aufstrebende Jugend „von ihren Dummheiten abzubringen", d. h. ihre gesunde Bewegung abzuwürgen, und es mußten notwendig die ersten Gegensätze zwischen den Jungen und Alten entstehen.

Der Krieg, der die ganze Verräterei der alten Sozialdemokratie enthüllte, ließ diese Gegensätze ganz offen ausbrechen. Ganz schroff traten sich in den meisten Ländern Partei und Jugend gegenüber: Es war, wir wissen es jetzt, der große Gegensatz Kommunismus gegen Sozialdemokratie, der da offenbar wurde. Eine richtige Feindschaft entwickelte sich, und die Jugend schrieb damals kühn auf ihre Fahnen: Avantgarde des Proletariats.

Als Avantgarde hat dann die Jugend wirklich Jahre hindurch gekämpft und gewirkt. Und ihr Kampf, ebenso opferreich wie zäh, hatte Erfolg. In allen Ländern wuchs die Schar der revolutionären Klassenkämpfer, die es der Jugend an Wagemut gleichzutun weiteiferten. Zimmerwald kam, die Zimmerwalder Linke, und schließlich konnte die neue Internationale aus der Taufe gehoben werden, und heute steht die Front der internationalen Kommunisten in der Dritten Kommunistischen Internationale als gewaltiges Bollwerk der Weltrevolution da! Die Jugend aber kann stolz darauf sein, den Grundstein zu ihr gelegt zu haben.

Mit ihr steht die revolutionäre Jugend aller Länder heute fest zusammen.

Aber aus der Zeit, da es noch keine kommunistischen Parteien gab, und sozusagen nur die Jugend für sie wirken und kämpfen mußte, sind bei vielen Genossen kleine Reste alter Vorurteile übriggeblieben. Bei den Jungen sowohl wie bei den Alten. Die Jungen sind immer noch ein wenig mißtrauisch, auch gegen die kommunistischen Parteien, mit denen sie ja nur gemeinsame Ziele und Wege haben sollten; sie wittern gern überall noch ein bißchen Opportunismus. Die Alten wieder glauben noch nicht ganz an den Ernst und die Vollgültigkeit der Jugend, gegen die die angegriffenen Sozialisten so heftig zu Felde gezogen sind. Und so ist es gekommen, daß Kommunistische Partei und Kommunistische Jugend die enge Zusammenarbeit, die für sie natürlich ist, nicht gleich haben finden können.

Doch auch dieses Stadium scheint jetzt überwunden. Und so es noch nicht der Fall ist, sollen beide Teile das ihrige tun, um es zu erreichen.

Die revolutionäre Jugend hat jetzt ihre Partei: die Kommunistische. Die Kommunistische Partei hat jetzt ihre Jugend: ein unzertrennbares Ganzes sind sie beide. Glieder ein und desselben Körpers, von einem gemeinsamen Kopf beherrscht.

Noch sind Jung und Alt bei den Kommunisten nicht ganz so vereint, wie es sein sollte; noch haben sie die Arbeiten untereinander nicht so verteilt, wie es nötig ist, um alle Kräfte an der rechten Stelle mit dem rechten Erfolg zu verwenden. Aber schon stehen sie Schulter an Schulter gegen die gemeinsamen Feinde im Kampf. Schon wissen sie, daß ein jeder im anderen den besten Bundesgenossen hat.

Es muß noch besser werden. Kommunisten, Mitglieder einer großen Familie, verbunden durch das Blutsband des gemeinsamen revolutionären Kampfes, stehen Hand in Hand. Im Betriebe sind es die Zellen der Kommunistischen Partei und die Zellen der Kommunistischen Jugend, die bei allen Gelegenheiten aufs engste zusammenarbeiten. Näher als sein nicht organisierter Arbeitskollege steht dem erwachsenen kommunistischen Arbeiter der Laufjunge des Betriebes, der zur kommunistischen Jugendzelle gehört. Und ehe er in einer wichtigen Frage in der Betriebsversammlung das Wort ergreift, wird der junge Kommunist sich mit dem Genossen von der Parteizelle besprechen.

Den Gegensatz zwischen Alt und Jnug, den der Unternehmer in Lohn und Behandlung gern zu erhalten strebt — wir Kommunisten werden ihn überbrücken. Junger und alter Kommunist, Jugend und Hammer und Stiel — keine Vergangenheit und keine Partei bei den Kommunisten gehören zusammen wie Gegenwart kann sie trennen!

Etwas zur Landagitation.

In Nr. 1 des „Weckruf" fanden wir einen Artikel über die Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen auf dem Lande. Wir alle wohl haben schon auf Wanderungen Gelegenheit gehabt, die Lage der jungen Landproletarier, die noch um vieles schlechter ist als unsere eigene, kenne zu lernen und über sie zu sprechen. Aber haben wir auch dabei immer den Jungen oder das Mädel vom Lande zu unsern Diskussionen mit herangeholt und ihnen vor allem das unwürdige ihrer Lage gezeigt, sie mit unsern Ideen und Zielen vertraut gemacht? Wenn wir beim Bauern oder auf dem Gute eine Scheune mit Stroh als Nachtlager gefunden, wenn wir in der Nähe eines Dorfes oder Gutes rasteten und uns der wenigen freien Stunden in der Natur freuten — haben wir da nicht doch recht oft unsere proletarische Pflicht gegen die Landarbeiterjugend vergessen oder vernachlässigt?

Der Artikel des letzten „Weckruf" zeigte uns in sehr eindringlicher Weise, wie ungeheuer die Ausbeutung unserer jungen Brüder und Schwestern, ja sogar schon der proletarischen Kinder auf dem Lande ist, wie sie von seiten der Junker und Großbauern für schwere Arbeit in täglich 12 und mehr Stunden mit lumpigen Bettelpfennigen abgespeist werden, während die Sprößlinge der Großgrundbesitzer in Bädern, Spielhöllen, bei Pferderennen und Weibern den aus dem Schweiß des Landproletariats gepreßten Mammon verjubeln und verprassen.

Da muß unser erster Gedanke an Sonntagen, bei unsern Wanderungen sein „Tragt die revolutionäre Propaganda hinaus aufs Land!". Werben unter der Landjugend, sie hinweisen und aufmerksam machen auf ihr menschenunwürdiges Dasein, auf die Gegensätze zwischen ihnen, dem ausgebeutetsten und am meisten geknechteten Teil des Proletariats, und ihren Ausbeutern und Unterdrückern und — Haß in ihnen großziehen, jawohl, glühenden Haß gegen eine Gesellschaftsordnung, die sie zu dauernden Frondiensten verdammt, zu Sklaven gemacht.

Wir haben dies wohl erkannt, deshalb unsere Aufgabe, auch ihnen diese Erkenntnis beizubringen, sie aufzurütteln, daß sie gemeinsam mit uns kämpfen gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Aber wie es anfangen, so höre ich da schon fragen. Genossen, auch hier stehen uns verschiedene Wege offen, die zum Ziele führen. Eine öffentliche Versammlung wird, wenn sie nicht sehr gut vorbereitet ist, selten den gewünschten Erfolg bringen. Wenige Tage nach derselben wird wieder alles in der gewohnten Weise verlaufen sein. Besser ist da schon die persönliche Aufklärungsarbeit, die Fühlungnahme und Verbindung mit einzelnen Jugendlichen auf dem Lande. Sprechen wir bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit den Burschen und Mädels auf den Gütern und in den Dörfern und gewinnen wir sie so für uns. Setzt Euch zu ihnen in den Wirtshäusern des Dorfes und fühlt Euch als ihresgleichen. Gebt ihnen unser Landagitationsmaterial, unsere Zeitung und sorgt für dauernde Zustellung desselben. Erwerbt Euch Freunde unter der Landjugend, mit der Euch ein festes Band umschlingt, so wie es in der Organisation der Stadt der Fall ist und helft so das Landproletariat einreihen in die revolutionäre Front des kämpfenden Proletariats. Beseitigt dadurch den Gegensatz zwischen Stadt und Land.

Schulen im Gouvernement Petrograd.

Das Gouvernement Petrograd zählt 41 Hochschulen, Techniken usw., 2277 Schulen erster Stufe, 209 Schulen zweiter Stufe, 464 Kinderheime und 366 Krippen. Außerdem gibt es dort noch 5278 Klubs und andere Einrichtungen, die sich mit kultureller Aufklärungsarbeit befassen.

3. Jahrgang / Nr. 241

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche. 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Postscheckkonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H." Breslau.
Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Mittwoch, 26. Oktober 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk.
Reklame: Die Millimeterzeile, 8gespalten oder deren Raum im Text 8.— Mk.

Der Monarchistenputsch in Ungarn.

König Karl von Habsburg auf dem Wege nach Budapest.

(TU.) Wien, 22. Oktober.

Exkaiser Karl traf gestern unerwartet in Oedenburg ein. Der österreichische Ministerrat trat sofort zusammen und beriet bis 2 Uhr nachts, um Vorkehrungen zu treffen. Militär und Polizei wurde zusammengezogen.

In Budapest ist die Regierung Bethlen gestürzt. Eine karlistische Regierung mit Rakovszky und Andrassy ist an ihre Stelle gesetzt worden.

Die „Neue Freie Presse" meldet, daß Exkaiser Karl von seiner Gemahlin Zita begleitet wird, die mit ihm in Oedenburg gelandet sein soll. In Oedenburg waren alle Vorbereitungen zum Empfange des Exkaisers getroffen, woraus hervorgeht, daß der Putsch von langer Hand vorbereitet war. Die Truppen wurden von dem General Hegedüs auf den Exkaiser vereidigt.

Die „Allgemeine Zeitung" meldet, Karl habe eine Proklamation erlassen, in der die Einsetzung einer neuen Regierung verkündet wird, der Bela von Rakowski, Andrassy, Apponny und Dr. Gratz, der ehemalige Gesandte in Wien, angehören.

(Intel.) Innsbruck, 22. Oktober.

Die Tiroler Landesregierung ist zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten. Dr. Steidle, der Führer der Tiroler Heimwehren, fordert in einem Aufruf die Tiroler Heimwehren auf, sich bereit zu halten. Die sozialdemokratische Parteileitung Tirols erläßt einen Aufruf an die Arbeiterwehren, in dem diese zur strengsten Bereitschaft aufgefordert werden.

*

Aus der Fülle unkontrollierbarer Nachrichten, die meist aus Wien stammen, geht hervor, daß Karl von Habsburg auf seinem Wege nach Budapest die Unterstützung eines Teiles der ungarischen regulären Truppen gefunden hat. Die Truppen waren bei ihrem Vormarsch in der Nähe der Festung Komorn auf Widerstand gestoßen. Nach kurzer Zeit aber ging die Garnison zu Karl über, ebenso die Garnison von Steinamanger, Stuhlweißenburg und Raab.

Bei dem weiteren Vormarsch der karlistischen Truppen scheint es in der Nähe von Budapest, bei Budaörs, zu einem Kampf mit den Horthy-Truppen gekommen zu sein, dessen Ausgang zunächst unentschieden war. Die alte ungarische Regierung meldet, daß ihre Truppen die Anhänger Karls zurückgetrieben haben. Folgender Kampfbericht wird ausgegeben:

Das Ungarische Korr.-Bureau meldet aus Budapest, daß der seit Sonntag vormittag bei Budaörs wogende Kampf zu einem Vorstoß der Regierungstruppen gegen die Stadt geführt habe. Dabei wurde die Stadt von den Regierungstruppen eingenommen und die Karlisten hinter die Eisenbahnstrecke gedrängt. Es wurden 120 Gefangene gemacht und große Mengen von Waffen und Munition erbeutet. Zwischen beiden Parteien wurde ein Abkommen getroffen, um weiteres Blutvergießen zu verhindern.

Im Laufe des Sonntags fanden zwischen der Horthy-Regierung und der Regierung Karls Verhandlungen statt. Darüber liegen folgende Meldungen vor:

Die „Sonn- und Montagszeitung" meldet aus Budapest, daß die ungarische Regierung am Sonntag zwei Abgesandte ins Lager des Exkönigs geschickt hat, und zwar den Kultusminister Baß und den Generalstabsmajor Struboi. Der König empfing die Abordnung nicht, die sich hierauf an den Vertrauensmann Karls, den Präsidenten Ragovsky, wendete, ihn auf die großen Gefahren aufmerksam machte, die dem Lande durch die Rückkehr des Exkönigs erwachsen, und ihm die Note der Ententemächte überreichte. Die Einwendungen der Abordnung machten weder auf den Exkönig noch auf Ragovsky den geringsten Eindruck.

(Intel) Wien, 24. Oktober.

Sonntag um 11 Uhr vormittag erschien General Hegedüs als Abgesandter des Exkönigs in Budapest, um die Regierung aufzufordern, Karl den ungehinderten Einzug nach Budapest zu ermöglichen. Während noch Hegedüs mit dem Ministerpräsidenten Bethlen konferierte, erschien der englische Gesandte Hooler und erklärte, energisch dagegen Stellung nehmen zu müssen, daß dem Ansuchen Karls entsprochen werde. Insbesondere wies der englische Gesandte darauf hin, daß die Rückkehr Karls nach Budapest für die Ententemächte den Kriegsfall bedeuten würde. Für Montag sind neue energische Schritte der Ententemächte zu erwarten. Die Gesandten der Ententemächte sind angewiesen, sich genau so zu verhalten wie beim Osterputsch.

Nach einer Mitteilung aus Steinamanger soll Karl am Sonntagabend in Budapest eingezogen sein. Eine Bestätigung dieser Meldung ist inzwischen nicht eingetroffen.

Ueber die Abwehraktion der Kleinen Entente liegen folgende Nachrichten vor:

(Intel.) Laibach, 24. Oktober.

Die jugoslawische Pressagentur meldet aus Belgrad: Gestern trat der Ministerrat zusammen und beschloß die dringenden Maßnahmen zur Wahrung der nationalen und staatlichen Interessen.

In Prag ist die Nachricht über den Putsch des Exkaisers zu einem Zeitpunkt eingetroffen, in dem der Präsident Masaryk und der Außenminister Benesch sich auf einer Reise befanden. Beide sind sofort nach Prag zurückgekehrt. Ein Ministerrat wurde zusammenberufen. In maßgebenden Prager und Belgrader Kreisen ist man der Ansicht, daß ein weiteres Verbleiben des Exkaisers in Ungarn den Kriegsfall bedeuten würde.

(Intel.) Prag, 24. Oktober.

Die Regierung hat die teilweise Mobilisierung angeordnet. Die Einberufungsbefehle sind bereits auf den Straßen plakatiert. Große Truppenmassen gehen in die Slowakei ab. Die sozialistischen Parteien haben große Demonstrationen abgehalten.

Diesmal ist die Ankunft Karls von Habsburg auf ungarischem Boden kein Possenspiel mehr. Schon ist die Regierung Bethlen gestürzt, an die Stelle der abwartenden Monarchisten sind die aktiven Monarchisten, die offenen Karlisten getreten. Wahrscheinlich wird diesmal Karl seinen Einzug in Budapest halten und sich die Stephanskrone aufs Haupt setzen.

Ein König Karl von Ungarn aber ist eine ständige Gefahr für die österreichische Republik. An eine Rückgabe des Burgenlandes ist nicht mehr zu denken; denn die monarchistischen Banden, die Karl nach Budapest führen, können nur noch mit Waffengewalt gezwungen werden, das Burgenland zu verlassen. Wer aber soll die Truppenmacht aufbieten gegen die 60 000 wohlbewaffneten Monarchisten?

Ein König Karl von Ungarn bedeutet eine gewaltige Stärkung der monarchistischen Bewegung in Oesterreich; die Anhänger der Wittelsbacher in Tirol werden ihre Anstrengungen verdoppeln. Werden die Arbeiter Oesterreichs stark genug sein, gegen die monarchische Reaktion im eigenen Land und gegen drohende Angriffe von Ungarn her zu bestehen?

Die Gefahr für das republikanische Oesterreich ist riesengroß. Und schon rüsten die bayrischen Monarchisten mit verstärkter Kraft. Gerade jetzt rufen sie zu einer Riesenkundgebung auf anläßlich der Beerdigung des Exkönigs Ludwig. Ein gewaltiger militärischer Apparat wird aufgeboten werden, die Orgesch wird ihre Formationen aufmarschieren lassen. Ein König Karl von Ungarn bedeutet für die bayrischen, für die deutschen Monarchisten, daß ihre Zeit auch bald gekommen sein wird. Das deutsche Proletariat muß einig zusammenstehen gegen diese drohende Gefahr, und es muß bereit sein, die österreichischen Brüder in ihrem Abwehrkampf gegen die monarchistische Reaktion zu unterstützen.

Rücktritt der Regierung Wirth.

(WTB.) Berlin, 22. Oktober.

Die Reichsregierung hat in ihrer heutigen Kabinettssitzung auf Antrag des Reichskanzlers Dr. Wirth beschlossen, dem Reichspräsidenten ihre Demission zu unterbreiten.

Berlin, 22. Oktober.

Der Reichskanzler hat dem Reichspräsidenten heute abend 7 Uhr die Demission des Kabinetts mitgeteilt in einem Schreiben, in dem es heißt, daß die Regierung Wirth sich aus Anlaß der Entscheidung der Alliierten über Oberschlesien auf den Boden der von Stinnes propagierten Parole der „Nichterfüllung" stellt.

Dr. Wirth wird die Reichsgeschäfte einstweilen weiterführen und auf Auftrag des Sozialdemokraten Ebert wahrscheinlich eine neue Regierung bilden.

*

Wirth's Regierung ist zurückgetreten. Damit hat die Deutsche Volkspartei den ersten Teil ihres Planes durchgeführt. Noch sind sich die bürgerlichen Parteien über das äußere Ansehen der neuen Regierung nicht schlüssig geworden. Noch dauert der Schacher hinter den Kulissen an. Der Druck des Ententeultimatums beengt ihre Bewegungsfreiheit. Verschiedene Pläne tauchen auf. Bald soll ein Geschäftsministerium nach dem Muster des Stegerwaldkabinetts in Preußen zusammengestellt werden. Andere wissen von einer rein bürgerlichen Regierung aus Demokraten, Zentrum und der Deutschen Volkspartei unter wohlwollender Unterstützung der Deutschnationalen zu berichten.

Die Haltung des Zentrums, von dem ein großer Teil der Annahme der Entscheidung über Oberschlesien geneigt ist, die Stellungnahme der beiden sozialdemokratischen Parteien, endlich die Tatsache, daß der Reichspräsident Wirth wiederum mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt hat, lassen auf die Möglichkeit schließen, daß zur Annahme des Ultimatums eine Linksregierung gebildet werden könnte, wobei die USP. natürlich einspringen müßte. Eine solche Regierung würde natürlich nur der Platzhalter einer Stinnesregierung sein. Die Stinnespartei würde dadurch von der Notwendigkeit befreit, etwas von ihrer nationalen Phrase zu opfern.

Die Arbeiter brauchen sich aber nicht auf das Rätselraten zu verlegen. Ob Geschäftsministerium oder reine Stinnesregierung oder endlich ein Zwischenspiel unter Teilnahme der Unabhängigen, eines ist sicher: bei allen diesen Kulissenschiebereien, bei dem ganzen Schacher um die Ministersessel liegt die wahre Entscheidung in der Hand der Stinnespartei. Die Stinnesregierung soll kommen, und da ist es ziemlich gleichgültig, welchen Weg, den kürzeren oder längeren, welche Form, die offene oder die verkappte, das Großkapital wählen wird, um seine Herrschaft aufzurichten. Es ist nicht nötig, lange umherzuhorchen, sich in Spekulationen zu vertiefen, um zu verstehen, was bevorsteht. In dieser Stunde gellen neue Sturmklänge an die Ohren der deutschen Arbeiter. Die ungarische Gegenrevolution ist drauf und dran, den letzten Teil ihres Werkes zu vollenden. Karl von Habsburg hat seinen zweiten, besser vorbereiteten Staatsstreich gewagt. Von Ungarn aber führt über Oesterreich eine gerade Linie nach Bayern, der Hochburg der deutschen Gegenrevolution. Der Monarchistenputsch in Ungarn ist ein Signal für die bayerische Orgesch. Die Stinnes und Konsorten aber schicken sich an, diesem Treiben der Gegenrevolution die Krone aufzusetzen, dadurch, daß sie eine Regierung nach ihrem Wunsche zu bilden bestrebt sind.

Alles Bestreben der Arbeiter muß darauf gerichtet sein, die Bildung einer Stinnesregierung zu verhindern. Der Millionenaufmarsch der Arbeiter nach der Ermordung Erzbergers hat die Gegenrevolution für einen Augenblick von der Bildfläche verscheucht. Soll jener Kraftaufwand umsonst gewesen sein? Soll jetzt die Schwerindustrie, die alle Mörderbanden aushält, die Macht ausüben? Soll die Arbeiterschaft dulden, daß sie durch Steuern ausgeplündert, durch die Abschaffung der letzten revolutionären Errungenschaften, des Achtstundentages, in Fesseln geschlagen wird?

Nach jenem Tage von Görlitz, da die Führer der SPD. das Zusammengehen mit Stinnes beschlossen haben, haben Tausende von sozialdemokratischen Arbeitern und nicht nur einmal ihren festen Willen ausgedrückt, der Stinnes'schen „großen Koalition" den Kampf anzusagen und die geschlossene Front des Proletariats herzustellen.

Die Führer der SPD. aber mißachteten diese Stimmen der Arbeiter, für sie waren die Beschlüsse der Mitgliedschaften wie in fließendes Wasser geschrieben. Sie haben weiter mit Stinnes und seinen Schleppenträgern geliebäugelt. Alle bürgerlichen Parteien folgen jetzt den Winken von Stinnes, haben sich ihm mit Haut und Haar verschrieben. Wer jetzt noch an die Möglichkeit einer Koalition mit Bürgerlichen glaubt, wer eine Koalitionspolitik betreibt, der spielt das Spiel der Stinnes.

Die Haltung der Sozialdemokratie, die Haltung der USP., die die Koalitionspolitik prinzipiell billigte, hat Stinnes freie Bahn geschaffen.

Streik und Aussperrung im Rheinland.

(TU.) Düsseldorf, 24. Oktober 1921.

In Düren (Rheinland) sperrte das Unternehmertum die Metallarbeiter aus. Mehrere tausend Arbeiter sind davon betroffen.

Im oberbergischen Bezirk sind 2000 Steinarbeiter wegen Lohnforderungen in den Streik getreten.

Die Revolte in Portugal.

Berlin, 24. Oktober 1921.

Ueber die Revolte in Portugal liegen sich widersprechende Meldungen vor. Die „Daily Mail" berichtet, daß Lissabon vollkommen ruhig sei, während Nachrichten aus Madrid besagen, daß die Stadt sich in hellem Aufruhr befinde und Plünderungen an der Tagesordnung sieb.

Auch über den politischen Charakter der Revolte ist bis jetzt keine Klarheit möglich. Die Meldung, daß die revolutionäre Bewegung in Portugal einen bolschewistischen Charakter habe, ist ganz offensichtlich eine Tendenznachricht der Anhänger der vergangenen Regierung. Es besteht in Portugal keine nennenswerte Klassenkampfbewegung, auf die sich eine „bolschewistische" Bewegung stützen könnte. Es scheint vielmehr, daß durch die Revolte eine kleinbürgerlich-radikale Richtung ans Ruder gekommen ist. So meldet der Korrespondent der „Daily Mail", daß die neue Regierung einen „ultrademokratischen" Charakter habe. Eine Gegenbewegung, die von dem General Gonza Rosas geleitet wird, ist im Gange.

Zusammenbruch der sozialdemokratischen Koalitionspolitik in Belgien.

(WTB.) Brüssel, 24. Oktober.

Im Verlaufe des heute vormittag abgehaltenen Kabinettsrates, an dem auch der Justizminister Vandervelde, der Minister für öffentliche Arbeiten Anseele und der Minister für Kunst und Wissenschaft Destrée teilnahmen, erklärten diese sozialistischen Minister, daß sie zurücktreten.

Was den Arbeitern blühen wird.

Das neue Regierungsprogramm der Unternehmer.

Nachdem vor drei Tagen der große Stinnes einem französischen Journalisten das Programm der werdenden Regierungskoalition mitgeteilt hat, ergreift jetzt der fast ebenso große Klöckner in Stegerwalds Zeitung „Der Deutsche" das Wort.

Sein Programm ist ebenso klar und ebenso arbeiterfeindlich, wie das des Stinnes. Zunächst der nationale Einheitsrummel: „Das deutsche Volk muß sich zu einer Einheit zusammenfinden." Dann ein Wink an die seit Görlitz so gefügigen sozialdemokratischen Führer:

„Der einzelne muß auf gewisse parteitaktische Unmöglichkeiten verzichten und sich aufraffen."

Nachdem die Sozialdemokraten in der Unternehmerregierung sitzen werden, können deren Wünsche verwirklicht werden: „Die Defizitwirtschaft bei Eisenbahn und Post muß beseitigt werden."

Wie sieht diese Beseitigung aus? „Erhöhung der Tarif- und Postgebühren", d. h. eine tief einschneidende indirekte Steuer für alle Waren. Noch mehr als das. Die immer greifbarer heranrückende „Verpachtung der Eisenbahn an die Länder, die Industrien und sonstigen Gewerbe" d. h. die Auslieferung des Verkehrswesens, die Ueberlieferung von Millionen Eisenbahnern und Staatsarbeitern an das Privatunternehmertum; und zum Hohn setzt der Milliardär Klöckner hinzu: „Unter Beteiligung der Gewerkschaften".

„Die schematische Durchführung des Achtstundentages bei Eisenbahn und Post muß selbstverständlich fallen. Denn es muß ein Unterschied gemacht werden, ob einer acht Stunden wirklich arbeitet oder acht Stunden nur zur Arbeit bereitsteht."

Er verrät weiter, daß es der Industrie „noch verhältnismäßig gut geht! Das ist der einzige Vorteil des schlechten Standes der Mark."

Um diesen durch bewußte Ruinierung der Valuta auf Kosten des Arbeiters erpreßten Profitsegen politisch zu ergänzen, schließt er mit dem alten Ruf der deutschen Konterrevolution:

„Eine starke Regierung!"

Die starke Regierung der Verelendung, die starke Regierung der Eisenbahnverschacherung und des Zwölfstundentags, die starke Regierung des Klöckner und des Stinnes, stark durch die Mithilfe Scheidemanns — werden es die Arbeiter wirklich dahin kommen lassen?

Ein neuer Schlag gegen den Achtstundentag.

Immer frecher und immer brutaler tritt das Unternehmertum auf. Nachdem es durch neue Arbeitsordnungen, durch Einführung immer raffinierteren Ausbeutungsmethoden innerhalb der Betriebe längst wieder den Herr-im-Hause-Standpunkt durchgeführt hat, so wie er vor der Revolution in den deutschen Fabriken gang und gäbe war, wird durch ein systematisches Vorgehen auch der letzte Rest der revolutionären Errungenschaften, der Achtstundentag, beseitigt. Ermutigt wurde und wird das Unternehmertum zu seinem Vorgehen durch namhafte Gewerkschaftsführer. Werden doch die Leute wie Graßmann, Biedermann und andere nicht müde, zu betonen, daß im Interesse des kapitalistischen Wiederaufbaus die Arbeiter weit länger als bisher arbeiten müßten. Nachdem schon eine große Anzahl von Unternehmen wie die Leunawerke, Mannesmannwerke, August Thyssenhütte in Hamborn und nicht zuletzt die Eisenbahnbehörde mit der Durchbrechung des Achtstundentages so gut wie gar keinen Widerstand von seiten der Gewerkschaftsleitungen gefunden haben, fühlt sich auch die Direktion der Mansfelder Kupferschieferbauenden Gewerkschaft ermutigt, durch eine diktatorische Bekanntmachung die 48stündige Woche aufzuheben.

Die Ober-Berg- und Hütten-Direktion gab folgenden Anschlag heraus:

Bekanntmachung.
Betrifft: Sonntagsschichten.

Auf Grund des Schiedsspruchs vom 29. Juni 1921 wurde die Sonntagsarbeit auf den Hütten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zur Pflicht gemacht. Der Schiedsspruch ist von beiden Seiten angenommen und damit rechtskräftig geworden. Nach Verhandlungen zwischen Werkleitungen und Betriebsräten faßte die Belegschaft der Krughütte den Beschluß, die Sonntagsschichten wieder in ausreichendem Maße zu verfahren.

Trotz des Schiedsspruchs und trotz dieses Beschlusses ist ein Teil der Belegschaft am verflossenen Sonntag nicht zur Arbeit erschienen. Die fehlenden Belegschaftsmitglieder haben sich damit eines glatten Vertragsbruchs schuldig gemacht.

Wir sehen für dieses Mal noch von einer Bestrafung auf Grund der Arbeitsordnung ab, weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß wir in Zukunft gegen diejenigen Belegschaftsmitglieder, die die Sonntagsarbeit verweigern, unnachsichtlich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen vorgehen werden.

Eisleben, den 5. Oktober 1921.
Ober-Berg- und Hütten-Direktion.
Abteilung Hütten.
Unterschrift: (Unleserlich).

Den Schiedsspruch, auf den in der Bekanntmachung bezug genommen wird, haben wir seinerzeit veröffentlicht. Er trägt die Unterschrift von fünf sogenannten Arbeitervertretern, darunter auch des Rechtssozialisten Severing. Er sieht eine Sonntagsarbeit allerdings nur für die unerläßlich notwendigen Arbeiten vor. Doch was scheren sich die Unternehmer um derartige „Kleinigkeiten". Wissen sie doch, daß die deutsche Gewerkschaftsbürokratie längst jedem Kampf aus dem Wege geht. Die Arbeiterschaft hat damals den Schiedsspruch unter dem seinerzeit herrschenden Polizei- und Justizterror in Mitteldeutschland angenommen.

Die Mansfelder Arbeiter haben über das Verlangen, auch an den Feiertagen zu arbeiten, gelacht und gaben die einzige richtige Antwort auf die Anmaßung der Hüttendirektion, indem sie Sonntags einfach nicht zur Arbeit erschienen. Der Schlußsatz der Bekanntmachung der Hüttendirektion zeigt, daß diese gewillt ist, den Kampf gegen den Widerstand der Arbeiterschaft mit aller Rücksichtslosigkeit aufzunehmen.

Arbeiter in ganz Deutschland, Ihr seht, der Kampf um den Achtstundentag, um die 48-Stundenwoche wird bitterernst. Wollt Ihr Euch diese Errungenschaft, um die das Proletariat jahrzehntelang gekämpft hat, kampflos rauben lassen? Nein, niemals! Ihr müßt den Kampf aufnehmen, Ihr müßt Eure Gewerkschaftsleitungen vorwärtspeitschen oder, wenn diese nicht wollen, über deren Köpfe hinweg, eine entschlossene Kampfesfront dem frechen Unternehmertum entgegenstellen. Bietet der Kapitalistenklasse in ihrem Ansturm auf den Achtstundentag ein trotziges Halt, bis hierher und nicht weiter.

Ein Sozialdemokrat über die Berliner Wahlen zum Stadtparlament.

In der Chemnitzer „Volksstimme" veröffentlicht Heinrich Ströbel einen längeren Artikel über den Ausgang der Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung, der mit dem verlogenen Geschrei des „Vorwärts" über „den Sieg der SPD." im Vergleich zu den anderen sozialistischen Parteien aufräumt. Er zeigt die falschen Vergleiche der Rechtssozialdemokraten und gibt folgenden richtigen Maßstab:

Vor allem aber zeigt der Vergleich der diesmaligen Stadtverordnetenwahl mit der Landtagswahl vom 20. Februar 1921, daß auch die Sozialdemokratische Partei nicht die geringste Ursache hat, die Niederlage des Gesamtsozialismus nicht auch als ihre eigene zu betrachten. Daß sie 88 000 Stimmen weniger aufbrachte als bei der Landtagswahl vor 8 Monaten, ist alles andere als der Beweis einer gesteigerten Werbekraft! Die „Sozialistische Korrespondenz" des Genossen Heilmann spricht denn auch von einer „furchtbaren politischen Entwicklung" in Berlin, an der die Sozialdemokratie selbst schuld sei. Während bis zu den Preußenwahlen 1921 die USP. Zehntausende ihrer Anhänger an die SPD. verloren habe, habe sich seit dem Görlitzer Beschluß diese Entwicklung geradezu in ihr Gegenteil verwandelt. In der Tat: so wenig Ursache zum Triumph auch die USP. hat, die nicht einmal ihre Stimmenzahl völlig zu behaupten, geschweige andere proletarische Schichten zu sich hinüberzureißen vermochte — die Sozialdemokratische Partei hat den triftigsten Grund, die Schuld an der Niederlage des Berliner Sozialismus nicht nur in den politischen Verfehlungen der andern sozialistischen Richtungen zu suchen!

Ströbel sieht die Dinge im richtigen Licht. Es ist aber nicht nur die Schuld auch der SPD., daß sich diese Entwicklung im Proletariat vollzogen hat, sondern allein die Folge der Politik der sozialdemokratischen und unabhängigen Führer, die in den Massen die Illusion erweckte, als wäre die Tatsache des sozialdemokratischen Reichspräsidenten und der „sozialistischen" Minister der Sozialismus. Deren mit Naturnotwendigkeit eingetretenes Versagen und ihre konterrevolutionäre Praxis trieb die Arbeiter zum Bürgertum und in das Lager der Gleichgültigkeit.

Ueber den Görlitzer Parteitag der SPD. und seine praktischen Folgerungen sagt Ströbel:

Görlitz freilich war ja nur das äußere Bekenntnis zu der Politik der Unentschlossenheit, der sozialen Unfruchtbarkeit und Ratlosigkeit. Die ganze Geschichte der sogen. „Sozialisierung" ist eine einzige Kette von Unzulänglichkeiten. Auf dem Kasseler Parteitag wurde die Sozialisierungsdebatte zu einer Farce, auf dem Görlitzer Parteitag verdrängte gar die Debatte über die Koalition mit der Deutschen Volkspartei jede ernste Erörterung der sozialen Probleme!

Und welchen Sinn hatte überhaupt noch Keils Ruf nach der Erfassung der Goldwerte angesichts des Wunsches der Führer-Mehrheit, sich mit der Stinnespartei zu verständigen! Auch die Steuerpolitik der Sozialdemokratischen Partei teilt das Schicksal ihrer Sozialisierungspolitik: sie wird zum bloßen Schlagwort. Schon spricht der „Vorwärts" von dem Kreditangebot der Industrie als einer „Abschlagszahlung" auf die Erfassung der Goldwerte, die keineswegs von der Hand zu weisen sei! Das bedeutet doch die Vertagung der Erfassung der Goldwerte, ja mehr, ihre Vereitelung! Daß bei einem Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei weder an eine Sozialisierung noch an eine steuerliche Beteiligung des Reiches an den Sachwerten zu denken ist, müßte doch eigentlich jedem klar sein, dem je der Sinn für das Wesen und die Unvermeidlichkeit des Klassenkampfes aufgegangen ist!

Welche Politik aber fordert Ströbel, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten?

Für Parteien und politische Bewegungen gibt es nur zwei Mittel groß zu werden: die rücksichtslose Kritik oder der Mut und die Kraft zu wirklicher Aufbauarbeit. Entweder muß deshalb der deutsche Sozialismus zur schroffsten Opposition übergehen, zu der übrigens viel mehr Verstand und Tatkraft gehört, als man bisher ahnte, oder er muß im sozialistischen Geiste schöpferische Aufbauarbeit leisten, von der bisher so gut wie nichts zu verspüren war. Mit der bisherigen Politik des Dampfwalzenrhetorik kommt er immer mehr unter die Räder!

Wie aber diese schroffste Opposition aussehen soll, sagt Ströbel nicht. Daß er dabei nicht an die unabhängige Politik der radikalen Phrase und Tatenlosigkeit denkt, spricht er klar aus:

Auch die Unabhängigen sind trotz aller radikaleren Phraseologie an Einsichten, Ideen und Taten, genau so unfruchtbar, ja wegen ihrer lächerlichen Scheu vor dem Uebernehmen der Regierungsverantwortlichkeit geradezu das Symbol der Ratlosigkeit.

So kann es also für die sozialdemokratischen Arbeiter, die die bisherige Politik ihrer Partei beenden wollen, nur eins geben: Beendigung jeder Koalitionspolitik mit dem Bürgertum und Durchführung und Zusammenfassen der, aus der Verschärfung der Klassengegensätze, die gerade die Berliner Wahlen zeigte, resultierenden proletarischen Massenbewegungen, ohne vor dem Zerbrechen der bürgerlich-demokratischen Illusionen zurückzuschrecken.

Zum Monatswechsel

muß jeder aktive Genosse unbedingt sein Abonnement schon Ende dieses Monats erneuern und wenigstens einen Abonnenten gewinnen.

1

Abonnent ist zwar nicht viel, tut aber jeder Genosse seine Pflicht, werden viele

Tausend gewonnen!

Berliner Oberschlesien-Rummel.

Berlin, 24. Oktober 1921.

Um gegen die neue Ententeentscheidung über Oberschlesien zu protestieren, war für gestern im Lustgarten abermals ein Oberschlesienrummel inszeniert worden. Ob die Schieber der Orgesch, des Oberschlesischen Selbstschutzes, das Fiasko erwartet hatten? Denn trotz der großen Reklame hatten sich nur wenige Tausende eingefunden. Natürlich war auch diesmal wieder feste die nationalistische Pauke geschlagen. Auch diesmal war wieder alles vertreten: von den Regierungssozialisten bis zu den deutschnationalen Regisseuren. Man hörte viel von „Einigkeit", „Einheitsfront", sogar von „Verbrüderung über alle Klassen und Parteien hinweg". Und hier gab Emil Barth, der Sozialist, der diesmal bei dem Rummel als Zutreiber dienen mußte, den Deutschnationalen in nichts nach. Doch, wie gesagt, es war verlorene Mühe; es hatten sich diesmal wenig Zuhörer eingefunden. Das Volk, „der dumme Lümmel", die Arbeiter haben längst erkannt, daß sie bei diesem chauvinistischen Spiel nur die Statisten abgeben sollen. Aber zu dieser proletarischen Erkenntnis ist doch die andere notwendig, daß hier abermals ein blutiges Spiel vorbereitet wird, bei dem die Arbeiter nicht nur Statisten, sondern die Opfer sein sollen. Klar und offen kam das gestern zum Ausdruck durch Tafeln mit Aufschriften, wie: „Wollt Ihr den Oberschlesiern die Notwehr verdenken?" Gegenüber einem geplanten neuen Orgeschabenteuer gilt es, höchste Wachsamkeit zu üben. Den imperialistischen Kriegsschreiern wird nur das Handwerk gelegt werden können durch die entschlossene Kampfansage der vereinten proletarischen Front.

Bürgerliche Heuchelei.

Oberschlesische Werte steigen.

Der „Börsen-Courier" vom Sonnabend teilt mit:

Oberschlesische Werte erfreuten sich gleichfalls zum Teil regen Interesses, wobei Caro Hegenscheidt 80 Proz. gewannen und zum Kurse von 960 Proz. repartiert werden mußten. Oberbedarf wurden zeitweilig 50 Proz., Kattowitzer sogar 90 Proz. höher. Dagegen blieben Laurahütte vernachlässigt."

Als Erklärung genügt, daß Kattowitzer Werte, die 90 Proz. gewannen, unter polnische Herrschaft kommen, Laurahütte aber deutsch bleibt. Kann die Bourgeoisie noch deutlicher zeigen, wie verlogen ihr Geschrei über die Abtrennung Oberschlesiens ist?

Die oberschlesischen Sozialdemokraten vereinigen sich mit den Deutschnationalen.

(J.) Kattowitz, 22. Oktober.

Um eine Einheit des Deutschtums in Oberschlesien zu sichern, sind bereits Schritte unternommen worden, um alle deutsche politischen Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, in den an Polen abzutretenden Gebieten zu einer großen einheitlichen Partei zusammenzuschweißen. Die neue Partei soll den Namen „Schlesische Volkspartei" führen. In den nächsten Tagen werden in dieser Angelegenheit zwischen den Führern der einzelnen Parteien in Kattowitz Einigungsverhandlungen stattfinden.

Das sind die Früchte von Görlitz.

Genosse Oelßner aus dem Breslauer Gefängnis entlassen!

Genosse Oelßner ist nach einem mehrtägigen Hungerstreik laut einer Mitteilung, die das Reichsjustizministerium seinem Verteidiger Dr. Th. Liebknecht gemacht hat, aus dem Breslauer Gefängnis entlassen worden.

Nur der Hungerstreik hat vermocht, daß die Klassenjustiz ihre Opfer in Breslau aus den Klauen gab.

Die Arbeiterschaft muß es durchzusetzen wissen, daß alle politischen Gefangenen freigelassen werden.

Höchstpreis für Kartoffeln in Thüringen.

(TU.) Erfurt, 24. Oktober.

Das Thüringer Wirtschaftsministerium erläßt Zwangsmaßnahmen gegen den Kartoffelwucher und setzt für die Erzeuger einen Höchstpreis von 50 Mark fest.

Tarifverträge und Arbeitsgemeinschaften.

Der so plötzlich im Berliner Zeitungsgewerbe ausgebrochene Konflikt lenkt die Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterschaft auf die Frage der Tarifgemeinschaft (Arbeitsgemeinschaft) und der Tarifverträge überhaupt. Die Buchdrucker, die seit Jahrzehnten die Tarifgemeinschaftspolitik verfolgen, haben diese am konsequentesten ausgebaut. Die Bestimmungen des Tarifvertrages, die gedruckt ein dickes Buch füllen, erweisen sich auch für die Buchdrucker in der jetzigen Periode, in der die kapitalistische Gesellschaft in wahnsinnigem Tempo dem Bankerott zustrebt, als unerträgliche Fesseln, die sie zu ersticken drohen.

Eine der Ursachen in dem jetzigen Konflikt in Berlin beruht auf der Tatsache, daß kein Mensch, selbst der so vollkommen juristisch durchgebildete Geschäftsführer des Tarifamts, Schliebs, die Streitfrage entscheiden konnte, ob die Arbeiter der Berliner Zeitungsdruckereien die Zulage, die sie sich vor einiger Zeit selbständig errungen haben, auch nach den letzten zentralen Verhandlungen weiter beanspruchen dürfen. Um der lächerlich geringen Summe von wöchentlich 20 Mark willen, wirft die Firma Rudolf Mosse ihre Arbeiter auf die Straße und erklärt sie tarifbrüchig. Dieses Vorkommnis hat der gesamten

Kollegenschaft im Buchdruckgewerbe so recht ihre Gebundenheit zum Bewußtsein gebracht. Aber sie sind nun zum größten Teil willens, die Fesseln zu sprengen, sie wollen nicht mehr hilflos und gebunden allen Preistreibereien der Ausbeuterklasse ausgeliefert sein.

Die jetzige Tarifregelung im Buchdruckgewerbe gilt bis 31. Dezember 1921. Wohl ist ab 15. November eine weitere Zulage von 25 Mark pro Woche vorgesehen, doch ist heute schon klar, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, mit einem solchen Lohn zu existieren. Wenn sich nun die Berliner Buchdrucker entsprechend den anormalen Teuerungsverhältnissen höhere Löhne erkämpfen wollen, so schreit das gesamte Unternehmertum über „Tarifbruch".

Es ergibt sich daraus, daß die Arbeiterschaft auf keinen Fall längfristige Lohnabkommen abschließen darf. Denn durch die lange Bindung der Tarifverträge sind die Unternehmer in der Lage, ihre Preise auf das unverschämteste zu steigern, die Kaufkraft der Löhne herabzusetzen und riesige Profite anzuhäufen. Die Berliner Zeitungsverleger waren zynisch genug, in der Oeffentlichkeit auszusprechen, daß nur die Unternehmer Interesse an einer langen Dauer der Tarifverträge haben. In ihrer Erklärung sagten sie:

„Wenn die Berliner Zeitungsverlegerschaft so handelt, so geschieht das nicht nur einem Gebot der Notwehr folgend, sondern im Hinblick auf die Aufrechterhaltung unserer deutschen Gesamtwirtschaft, die mit dem Tarifwesen steht und fällt. Die Verteidigung und Hochhaltung des Tarifgedankens ist aber nicht nur für alle Gewerbe, vielmehr auch für die Regierung und insbesondere für die Gewerkschaften und Unternehmerorganisationen im gleichen Maße Lebensnotwendigkeit."

Demgegenüber muß gesagt werden, daß, wenn sich die kapitalistische Gesellschaft nur auf die Weise aufrecht erhalten kann, daß den Arbeitern, den Rentenempfängern usw. auf dem Wege der Markentwertung fortgesetzt die Nahrung geschmälert wird, so ist sie reif zum Verschwinden.

Noch viel mehr als die lange Bindung der Tarifverträge ist dagegen die Arbeitsgemeinschaft, die bei den Buchdruckern „Tarifgemeinschaft" genannt wird, zu verwerfen. Die Führer des Verbandes der Deutschen Buchdrucker waren bis zum heutigen Tage eingefleischte Befürworter der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum. Bei allen bisherigen Lohnbewegungen haben sich die Gehilfenvertreter auf der Grundlage mit den Unternehmern verständigt, daß diese geringe Lohnerhöhungen zugestanden, wofür die Gehilfenvertreter sich verpflichteten, den Unternehmern bei der Erhöhung der Druckpreise behilflich zu sein und sogenannte „wilde Streiks" nicht zu unterstützen. Die Tarifgemeinschaft schließt in sich die Verpflichtung für die Gehilfenschaft, solche Unternehmer als „nicht tariftreu" zu sperren, die die Erhöhung der Druckpreise nicht mitmachen wollen. Die Unternehmer machten dabei glänzende Geschäfte, die Erhöhung der Druckpreise brachte ihnen jedesmal bedeutend mehr ein, als sie an Lohnerhöhungen auszugeben hatten. Die Gewerkschaftsführer konnten nicht einsehen, daß es eine verkehrte Taktik ist, mitzuhelfen, daß die erzielten Lohnerhöhungen sofort auf die Allgemeinheit abgewälzt werden, obwohl sich der ADGB. selbst über diese „Schraube ohne Ende" bitter beklagt hat.

Welcher Wahnsinn! Die Tarifgemeinschaft versagt, wenn es gilt, den Gehilfen menschenwürdige Löhne zu verschaffen, aber sie funktioniert ausgezeichnet, wenn die Belastung des Unternehmers sofort auf die Allgemeinheit abgewälzt werden soll.

Die Arbeiterschaft des graphischen Gewerbes sowie das gesamte Proletariat muß erkennen, daß nicht die Sicherung des ins Ungeheure gestiegenen Unternehmerprofits notwendig ist, sondern daß die Beschneidung der Profitrate zu Gunsten einer menschenwürdigen Existenz des Arbeiters erstrebt werden muß. Auf keinen Fall darf die Arbeiterschaft den Unternehmern weiterhin helfen bei der Durchführung einer Erhöhung der Druckpreise. Mit anderen Arbeiterkategorien, die die ersten Schritte auf diesem Wege gemacht haben, müssen die Buchdrucker dagegen ankämpfen, daß die dem Ausbeutertum abgerungene Lohnerhöhung nicht sofort wieder auf die Allgemeinheit abgewälzt wird. In Gemeinschaft mit der gesamten Arbeiterschaft muß durch Eroberung des Kontrollrechts über die Produktion gegen den schamlosen Preiswucher des Unternehmertums der Kampf aufgenommen werden.

Dazu ist notwendig, daß die Lohnkämpfe aller Arbeiterkategorien zusammengefaßt werden, daß die Macht der Gewerkschaften voll eingesetzt wird gegen den Preiswucher. Wenn die Buchdrucker die Separatstellung, die sie bisher eingenommen haben, aufgeben, wenn sie sich bereit erklären, jederzeit an einer allgemeinen Bewegung der Arbeiterklasse teilzunehmen, wenn sie den Gedanken eines gemeinsamen Vorgehens aller Lohnarbeiter propagieren, so können sie wieder das werden, was sie einst waren — Pioniere im Kampfe der Arbeiterschaft.

Das Verbrechen an Sacco und Vanzetti.

In allen Ländern Europas von Spanien bis Jugoslawien, von Deutschland bis Italien wütet blutig und hemmungslos gegen die proletarischen Massen die Mord- und Galgenjustiz des weißen Schreckens. Sie beschränkt sich nicht auf Europa. Es gibt kein Land und keine Kolonie der Welt, in der sie nicht am Werk ist, die Kämpfer der proletarischen Revolution einzukerkern, niederzuschießen, zu erhängen, zu enthaupten. An der Spitze marschiert Nordamerika, das Paradies der reinen Demokratie, das Land Wilsons, den die Pazifisten um Longuet und Kautsky so inbrünstig lieben. Die Richter der Vereinigten Staaten arbeiten geräuschlos und ohne Blutvergießen. Der elektrische Stuhl funktioniert schnell und einwandfrei. Die Geschichte des amerikanischen Kapitalismus ist reich an gemordeten Anarchisten, Kommunisten und Sozialisten. Jetzt kommt die Kunde von einer neuen Tat, die sich von allen bisherigen dadurch unterscheidet, daß die beiden zum Tode verurteilten Arbeiter, die italienischen Auswanderer Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti nicht einmal formell wegen ihrer Tätigkeit, sondern wegen eines gemeinen Mordes, eines „Mordes des 1. Grades", der etwa dem Raubmord in europäischen Gesetzbüchern entspricht, schuldig gesprochen worden sind.

Diese beiden italienischen Arbeiter sind seit mehr als einem Jahrzehnt als aufrechte Vorkämpfer des amerikanischen Proletariats bekannt, sie stehen seit langer Zeit auf der schwarzen Liste der legalen Lynchjustiz. Sie nahmen als Mitglieder des Textilarbeiterverbandes an allen großen Kämpfen gegen die Blutsauger des Trustkapitals teil. Zur Zeit des gewaltigen Streiks von Lawrence im Jahr 1912, einem der größten Kämpfe der amerikanischen Arbeiter, standen Sacco und Vanzetti in den vordersten Reihen, später spielte Sacco eine führende Rolle in dem großen Streik der Gießereien von Hopedale und in verschiedenen Lohnkämpfen der Schuhindustrie. Vanzetti erweckte den besonderen Haß des Unternehmertums durch seine Tätigkeit im Streik von Plymouth 1916, während in Europa der Weltkrieg tobte.

Das jetzige Schandurteil gegen diese beiden tapferen Genossen ist ein Ausdruck jener mächtigen und spruppellosen Erdrosselung der amerikanischen Arbeiterbewegung, namentlich der Einwandererbewegung, die mit dem Eintritt des pazifistischen Amerika in den Weltkrieg unter dem Schutz des berüchtigten Spionagegesetzes begann. Tausende von Proletariern wurden eingekerkert und zu 10- und 20jähriger Zellenhaft im Zuchthaus von Sing-Sing und anderen Folterstätten verurteilt. Als sich mit dem Anwachsen der Weltwirtschaftskrise seit Frühjahr 1920 das amerikanische Kapital einer Millionenarmee Arbeitsloser gegenübersah, die seine Machtstellung bedrohte, wuchs der weiße Terror ins Ungeheure. Verhaftungen, Urteile, Deportationen jagten einander. Die europäische Presse, leider auch die Arbeiterpresse, nahm wenig Notiz davon. Das Preßkapital verstand es tot zu schweigen. Die Kunde von dem geplanten Mord an Sacco und Vanzetti leuchtet grell in die amerikanische Justizhölle hinein.

Der Vorwand, die beiden verhaßten „Roten" zu beseitigen, war leicht gefunden. Zwei andere Genossen aus der tapferen Gruppe der italienischen Revolutionäre, namens Andre Salsedo und Roberto Elia, wurden Anfang 1920 ohne den Schatten eines Rechtes verhaftet und monatelang eingekerkert. Sie wurden behandelt, wie es unter der Herrschaft des Chefs des Justizdepartements Palmer, der vom Petroleumtrust ausgehalten wird, üblich ist. Sie wurden den grausamsten Martern unterzogen. Das „Verhör 3. Grades", diese Folter des 20. Jahrhunderts, die nur wenige überleben, sollte ihnen Schuldbekenntnisse und Bezichtigungen anderer Genossen abzwingen. Vergeblich. Sie hielten Stand und weigerten sich, die erwünschten Aussagen zu liefern. Da fand man einen anderen Weg. Aus Noskedeutschland kannte man seit 1919 die Methode, unbequeme Gefangene kalt zu machen. Salsedo wurde nicht auf der Flucht erschossen — das hätte zu viel Aufsehen gemacht. Am 3. Mai 1920 „fiel" er aus einem Fenster des 14. Stockwerkes des Newyorker Gefängnisses auf das Pflaster des Row-Parcs und blieb mit zerschmettertem Rückgrat liegen.

Dieser Meuchelmord, der seinesgleichen nur in der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs, Levinés und Sülts findet, ließ sich nicht verschweigen. Eine Woge der Entrüstung erhob sich im amerikanischen Proletariat, besonders die italienischen Revolutionäre wollten den Tod ihres Kameraden nicht stumm hinnehmen. Vanzetti und Sacco organisierten die Protestbewegung. Sie veranstalteten in Brockton, einem der größten Zentren der Baumwollindustrie im Staat Massachusetts ein großes Massenmeeting. Dort wurden sie durch die Ortspolizei verhaftet. Endlose, mit allen Zwangsmitteln durchgeführte Polizeiverhöre und richterliche Vernehmungen vermochten nicht, ihnen eine Schuld nachzuweisen. Die Möglichkeit schien ausgeschlossen, die beiden Rebellen ums Leben zu bringen. Doch wozu gibt es Richter in Amerika? Die Anklage wegen „Auswiegelei" brach zusammen. Da fand man wenige Tage später einen ausgezeichneten Grund, Sacco und Vanzetti dem elektrischen Stuhl zu weihen. Man klagte sie des gemeinen Mordes an einem Arbeiter an. 18 einwandfreie Zeugen wiesen eidlich ihre volle Unschuld, ja ihr unbezweifelbares Alibi, ihre Abwesenheit vom Tatort nach. Aber die Trustherren brauchten zwei Köpfe und so sprachen die Richter schamlos wie nur je gekaufte Banditen, die beiden Proletarier des Raubmordes schuldig. Nach dem Urteil mußten sie selbst anerkennen, daß sie ihren Spruch auf Grund von Beweisen fällten, die man in der öffentlichen Verhandlung nicht zur Sprache zu bringen wagte. Es gelang dem Generalstaatsanwalt nicht, diese Tatsache zu vertuschen. Man war gezwungen, die endgültige Strafverkündung auf den November zu verschieben. Vorläufig sind die beiden verurteilt. Ihr Leben hängt nicht zuletzt von der Haltung der Arbeiterschaft aller Länder ab, die durch eine mächtige Protestbewegung die Henker zum weichen zwingen kann. Es handelt sich nicht um zwei Menschenleben allein. Es handelt sich darum, ob es dem weißen Richterpack möglich sein soll, ungeindert und ohne Furcht Mann um Mann die Vorkämpfer des Proletariats hinzuschlachten.

Die Sache Saccos und Vanzettis ist die Sache aller Arbeiter in allen Ländern der Welt.

Bereits haben die amerikanischen Arbeiter zum großen Teil begriffen, was das Geschick dieser zwei Klassenbrüder für sie bedeutet. Hunderttausende von Flugblättern und Broschüren werden verbreitet, die zum Protest auffordern. Geldsammlungen, Sympathiekundgebungen werden veranstaltet, selbst die Arbeiter des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, der übergelben „American Federation of Labor" beteiligen sich an dieser Hilfsaktion. Selbstverständlich beteiligt sich nicht daran der Lump Samuel Gompers, der auch diese Gelegenheit benutzt, seine schmutzige Gesinnung um einen Grad deutlicher zu zeigen. Kein Wort hat er und seine würdigen Freunde, die amerikanischen Gewerkschaftsbürokraten, für die in ihrem Leben bedrohten Klassengenossen gefunden. Jede Regung der Hilfe und der Solidarität im Proletariat haben sie sabotiert — denn sonst stünden die Tausende von Dollars in Frage, die sie allmonatlich von den amerikanischen Geldmagnaten beziehen, um die Arbeiterbewegung zu schwächen und zu verraten.

Käme es auf sie an, so wäre Saccos und Vanzettis Leben rettungslos verloren. Aber über die verbürgerlichten und korrupten Bürokraten hinweg müssen die Massen in allen Ländern aufstehen und ihr millionenstimmiges Veto sprechen.

Die französischen, schweizerischen und belgischen Kommunisten haben bereits in ihren Ländern eine großzügige Kampagne ins Werk gesetzt. Versammlungen und Manifestationen finden statt. Die Schergen der amerikanischen Demokratie sollen merken, daß ihre Macht nicht grenzenlos und die Schwäche des Weltproletariats nicht groß genug ist, ihnen jede Bluttat zu gestatten. Gelingt es Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti zu retten, so bedeutet dies einen großen moralischen Erfolg für die Einigkeit und Kraft der Proletarier aller Länder.

Arbeiter!

Habt Ihr keine Augen?
Seht Ihr nicht,
wie die Orgesch rüstet?
Habt Ihr keine Ohren?
Hört Ihr nicht,
was die Orgesch tut?
Habt Ihr keinen Mund?
Teilt der Kommunistischen Partei mit, was Ihr hört und was Ihr seht, damit die Partei es allen Arbeitern weiterlagen und besser gegen die Orgesch kämpfen kann.

Sklavenhatz.

Von Upton Sinclair.
Aus dem Roman „Manassas".)
Deutsch von Harmonia Zur Mühlen.

„Der Neger, Herr Allan . . . ich glaube, er stirbt . . ."

Allan, der sich eben zu entkleiden begonnen hatte, schlüpfte rasch wieder in seinen Anzug und folgte Tibbs nach dem Sklavenviertel. Aus einer der Hütten schimmerte Licht. Allan schob den zerrissenen Vorhang zurück, der als Tür diente, trat ein; ein schauerlicher Anblick traf sein Auge. In einer Ecke lag auf Decken und Kissen halbnackend der Flüchtling, die Decken waren blutbefleckt. Sein Mund stand offen, seine Augen waren geschlossen, er atmete röchelnd, blauschwarzer Schaum träufelte von seinen Lippen.

„Ist er schon lange in diesem Zustand?", fragte Allan.

„Seit er hergebracht wurde," erwiderte einer der Neger, die neben dem Kranken auf dem Fußboden saßen.

Allan trat nahe an den Mulatten heran; ein Schrei des Entsetzens entschlüpfte ihm. Joe trug die Spuren seiner Foltern. Sein ganzer Körper war von Peitschenhieben aufgepflügt worden, seine Gelenke waren purpurrot und dick angeschwollen. An dem einen Fuß hatte die Fessel eine tiefe Wunde verursacht, auf dem schwärenden Fleisch saßen summende Fliegen.

Allan kniete neben den Neger hin, berührte sanft dessen Stirn. Sie glühte. Allan verlangte Wasser; in diesem Augenblick hob der Flüchtling den Kopf. Allan legte ihm die Hand auf den Arm, der andere hielt sie fest. Seine weitgeöffneten Augen starrten ins Leere. Plötzlich wurde die heisere Stimme lauter. „Laßt mich!" schrie er. „Laßt mich!" Der Ton war so wild, daß es die anderen deuchte, der Mann habe geschrien, obgleich er bloß geflüstert hatte.

„Ich sage euch, ich bin ein freier Mann," rasten die Fieberworte weiter. „Bin ebenso frei wie ihr, lasse mich nicht verkaufen. Hört ihr denn nicht? Ich habe meine Papiere. Habe vierzehn Jahre in Harrisburg gelebt, dort kennen mich alle. Ich will kein Sklave sein . . . Laßt mich. Weshalb wollt ihr mich verkaufen? Ich habe niemandem ein Leid getan. . . Arbeite, wie jeder andere . . . Ich wollte heute heimgehen, nach Harrisburg, habe eine Familie, sechs Kinder . . . Wer wird für die Kinder sorgen, wenn ihr mich verkauft? Mein Weib ist krank, kann für die Kinder nicht arbeiten. Um Negerkinder kümmert sich niemand, die läßt man verhungern. Ich bleibe nicht hier . . . Fürchte keine Schläge . . . werde für niemanden arbeiten . . . will heim . . ."

Er hielt Allans Hand so fest umklammert, daß diesem vor Schmerz das Blut in den Ohren sang. Die Adern standen geschwollen an den Schläfen des Flüchtlings hervor, er starrte vor sich hin wie ein wildes Tier, versuchte sich aufzurichten. Seine Stimme schwoll immer stärker an: „Ich werde mich wehren . . . Ihr habt kein Recht auf mich . . ." Er sank keuchend zurück, begann dann wieder: „Was soll das nützen, wenn du mich brennst, du weißer Teufel? Weißt du denn noch nicht, daß bei mir nichts nützt? Tu, was du willst, mit mir wirst du nicht fertig . . . Aber eines Tages werde ich dich töten . . . Hast du keine Angst vor mir, Henderson? Ich werde warten, auch meine Zeit wird noch kommen . . . Was wirst du tun, wenn meine Zeit gekommen ist? . . . Ich warte auf dich . . . ich warte auf dich!"

Der Mulatte schnellte jählings auf, schüttelte die anderen, die ihn zu halten versuchten, ab, als wären sie Kinder. Er stierte mit lodernden Augen auf die Tür, sein Gesicht verzerrte sich wild. Die übrigen schauten angstvoll in die Richtung seines Blicks, erwarteten fast, den Aufseher auf der Schwelle stehen zu sehen. „Ha, ha, Henderson!", schrie der Mulatte. „Du entkommst mir nicht . . . bei Gott, nun ist an mir die Reihe . . . Auf die Knie, Jim Henderson . . . glaubst du, das Gesetz und die Hunde und die Flinten werden immer auf deiner Seite sein? . . ." Während er sprach, strebte der Mulatte der Tür zu, die Hände glichen Krallen, die sich in etwas einschlagen wollten, seine heisere, furchtbare Stimme gemahnte an das Murren eines wilden Tieres.

„Aus dem Weg! Aus dem Weg! Ich sehe dich, du kannst dich nicht vor mir verbergen, Henderson. Komm her . . . hab ich nicht lange genug auf dich gewartet?" Er sprang vor, brüllte mit unmenschlicher Stimme: „Ha, ha, jetzt hab ich dich!"

Dann stürzte er zu Boden. Alle sprangen hinzu, umringten ihn. Sein Gesicht verzerrte sich im Krampf, die Augen schienen aus den Höhlen zu dringen. Plötzlich verstummten seine Schreie. Da Allan sich über ihn neigte, strömte Blut aus des Verletzten Mund, ein Zucken lief über sein Gesicht. Seine Muskeln bebten noch einmal, dann lag er vollkommen still.

(Schluß folgt.)

Breslauer Nachrichten.

An alle Kolporteure und Ortsgruppenleiter.

Alle Ortsgruppenleiter haben bei ihren Kolporteuren zu veranlassen, daß die genaue Zahl der Abonnenten für Monat November bis spätestens Freitag, den 28. Oktober, in den Händen des Verlages ist. Es ist besonders noch anzugeben, wieviel neue Abonnenten auf Grund der Werbewoche gemacht worden sind.

Es werden in Zukunft voraussichtlich allmonatlich Werbewochen für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung" veranstaltet. Die Genossen werden aufgefordert, zu diesem Zwecke eine gute Vorbereitung zu treffen.

Der Verlag.

Mitgliederversammlung des Transportarbeiterverbandes in Breslau.

Am 21. Oktober fand bei Bräuer, Gabitzstr., die Fortsetzung der unterbrochenen Mitgliederversammlung des DTV. vom 12. Oktober statt. Die Tagesordnung, Fortsetzung der Diskussion über den Geschäftsbericht für das 3. Quartal, Erhöhung der Beiträge und Ausschluß von Mitgliedern, sorgte schon dafür, daß die Debatte recht lebhaft wurde. Schon in der Versammlung am 12. wurde der Geschäftsbericht von verschiedenen Rednern sehr bemängelt und vor allen Dingen die Tätigkeit der Ortsverwaltung einer recht scharfen Kritik unterzogen. Die Führung der Lohnkämpfe seitens der Verbandsleitung bildete namentlich Gegenstand einer regen Aussprache. Auf die Anregung des Kollegen Standke, u. a. Führung gemeinsamer Lohnverhandlungen für alle Sektionen unseres Verbandes konnte Kollege Senk in seinem Schlußwort außer seinen berühmten demagogischen Kniffen und Verdrehungskünsten nichts anderes mehr anführen, als daß die Kollegenschaft noch immer nicht reif genug ist für größere Aktionen. Der Weg der Verhandlungen mit den Unternehmern und die Unterwerfung unter das Joch derselben ist nach seiner Auffassung nur der günstigste Weg, um die Lage der Kollegen besser zu gestalten. Selbstverständlich ist es doch, daß einige andere Mitglieder der Ortsverwaltung in dasselbe Horn stießen wie Senk und unter allen Umständen gemeinsame Lohnverhandlungen aller Branchen oder gar aller Verbände verwarfen.

Die Erhöhung der Beiträge löste, wie zu erwarten, einen lebhaften Widerspruch aller Mitglieder aus. Schon in der vorigen Versammlung ist einiges hierüber zur Sprache gekommen, und Kollege Senk hatte eine Ablehnung der erhöhten Beiträge schon dadurch unmöglich zu machen versucht, daß er für vergangenen Montag erst alle Funktionäre des Verbandes zusammenrief, um wenigstens unter diesen für eine Erhöhung genügend Stimmung zu machen. Trotzdem war die Debatte bei der Mitgliederversammlung sehr stürmisch und eine große Anzahl der Redner waren für eine absolute Ablehnung. Kollege Standke brachte zu diesem Punkte folgende Resolution ein:

„Die Mitgliederversammlung des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Ortsgruppe Breslau, erkennt die Notwendigkeit der Beitragserhöhung an, welche begründet ist in der dauernden Steigerung aller Lebenskosten. Die Versammlung weiß auch, daß zur Führung von Kämpfen Geld gehört. Es wäre verkehrt, der Verbandsleitung die Mittel hierzu zu verweigern.

Die Versammlung verlangt aber andererseits, daß die Verbandsleitung die Unterstützungssätze im Verhältnis zur Vorkriegszeit prozentual ebenso erhöht wie die Beiträge. Ebenso macht die Versammlung die Bewilligung der höheren Beiträge abhängig davon, daß die Ortsverwaltung die Führung von Lohnkämpfen zentral regelt und Tarifverträge, Streiks usw. gemeinsam mit den anderen Organisationen führt, um schon von vornherein die Lohnkämpfe aussichtsreicher zu gestalten. Die Versammlung fordert von der Ortsverwaltung, daß sie mehr wie bisher für den revolutionären Klassenkampf eintritt und dafür Sorge trägt, daß der Klassenkampf in dem Sinne geführt wird, wie ihn Bebel, Marx, Engels u. a. gelehrt haben."

Man konnte es den Helden von der Verbandsleitung deutlich genug anmerken, wie sehr ihnen vor der Durchführung solcher Maßnahmen graut. Mit allen Mitteln bürokratischer Gewerkschaftsmanieren versuchten sie die Annahme dieser Resolution zu verhindern. Die Kollegen, noch zu sehr an die Bevormundung seitens der Gewerkschaftsbonzen gewöhnt, lehnten denn auch die Resolution ab, und bewilligten zum Schluß die Beitragserhöhung. Ebenso wurde ein Antrag des Kollegen Schneider abgelehnt, der die Auszahlung der Streikunterstützung an die Kollegen der Linke-Hofmannwerke verlangte.

Ein eingebrachter Antrag, die Mitteilungen des Transportarbeiterverbandes in sämtlichen Breslauer Arbeiterzeitungen zu veröffentlichen, wurde unter knapper Mehrheit ebenfalls abgelehnt, nachdem auch hiergegen von der Ortsverwaltung Sturm gelaufen worden war.

Wenn auch die Versammlung diesmal noch mit einem Siege der Ortsverwaltung endete, so zeigte doch die Stimmung der Kollegen, daß sie von der Leitung etwas mehr verlangen als bloßes Paktieren mit den Unternehmern. An unseren Genossen im Verband wird es liegen, die Kollegen weiter über die Taktik der Gewerkschaften aufzuklären, um in der Zukunft doch noch unseren Verband zu dem zu machen, was er sein soll, nämlich zu einer Organisation des revolutionären Klassenkampfes.

Ein weiterer Brief eines sozialdemokratischen Arbeiters über Görlitz.

Der Görlitzer Parteitag der Sozialdemokratie hat mich nun endgültig davon überzeugt, daß für jeden denkenden Proletarier, sei er nun Hand- oder Kopfarbeiter, ein Verbleiben in der sozialdemokratischen Partei eine Unmöglichkeit ist, denn schwankend, wie das Rohr im Schilf, neigt die Sozialdemokratie bald nach links, bald nach rechts. (Siehe Kassel, siehe Görlitz!) Sie ist eine Partei der Unsichtigkeit und der tönenden Phrase geworden, aber keine Partei der Tat. Das Gezeter in gewissen sozialdemokratischen Zeitungen ekelt mich allmählich an: sie feuchen gegen alles, was „rechts und reaktionär" ist, gleichzeitig wird aber um die Gunst der rechtsstehenden Deutschen Volkspartei gebuhlt, welche von der sozialdemokratischen Presse schon oft als die reaktionäre „Hetzatspartei" verhöhnt wurde!

Ist das Charakter, ist das Festigkeit? Nein, das ist Heuchelei, ja sogar glatter Betrug am arbeitenden Volk. Dieses Empfinden habe ich wenigstens als einfacher Arbeiter. Auf den „Erfolg" des sozialdemokratischen Steuerprogramms darf man wahrlich gespannt sein. Ich verstehe nicht diese „Politik" einer Partei, die behauptet, die Interessen des Proletariats zu vertreten. Wer mit einer rechtsstehenden Partei zusammengeht und arbeitet, kann doch unmöglich gleichzeitig das Wohl der unteren Volksschichten fördern; abhängig — zum mindesten gebunden — hat er dann gar nicht mehr die Kraft dazu, wenn er schon vorgibt, den Willen zu haben. Man sieht nun wenigstens klar, an welchem Tau-Ende die sozialdemokratische Partei zieht, es ist das rechte.

Es wird eben so kommen, wie viele Leute prophezeien: Not und Elend, Teuerung und Verarmung führen die arbeitenden Massen des bedauernswerten jetzt noch zerklüfteten deutschen Volkes schließlich geschlossen zu den Parteien nach links hinüber, die mannhaft und mit offenem Visier kämpfen, die besonders ein festes Ziel verfolgen, das zäh zu verteidigen und zu erreichen ihr unentwegter Entschluß ist, trotz aller Verfolgung und Verleumdung — ja trotz allen Verrats.

Darum sei jetzt schon die Losung, bevor es zu spät ist: „Heraus aus der schwankenden, hilflos im Trüben fischenden Sozialdemokratie." Es ist allerhöchste Zeit! Es gilt möglichst rasch diejenigen Parteien zu stärken, die das ernste Bestreben haben, unser darbendes, verarmtes Volk vor völligem Untergang zu retten. Die bürgerlichen kapitalistischen Parteien samt der mit ihnen verbündeten — und dann wohl unmaßgebenden — Sozialdemokratie, treiben uns sonst noch vollends in kürzester Zeit dem Elend und Hungertod entgegen.

Ueber die Hundesteuer

veröffentlicht der Magistrat in dieser Nummer eine Anzeige, auf die wir unsere Leser aufmerksam machen.

Die Schlesische Tagespost auf zwei Tage verboten. Das Polizeipräsidium teilt mit: Die Schlesische Tagespost ist wegen des Artikels „Oberschlesien" von Friedrich Wilhelm, Prinz zur Lippe, in Nr. 28 vom 18. d. M. auf zwei Tage, den 24. und 25. Oktober, verboten worden. Dazu bemerkt die „Breslauer Zeitung": Der Artikels des prinzlichen Jünglings war allerdings ganz besonders frech und dumm, ganz in dem Sinne jener Weisheit, die uns unter dem alten monarchistischen Regiment zu Grunde gerichtet hat. Heute können solche Herrlein, Gott sei dank, einen ernstlichen Schaden nicht anrichten, man lacht nur über sie, und darum hätten wir dem Herrn Friedrich Wilhelm zur Lippe die Ehre nicht angetan, seinetwegen eine Zeitung, und sei es auch nur auf zwei Tage, zu verbieten.

Wer Wichtiges weiß über die Rüstungen der monarchistischen Gegenrevolution, über das Treiben der „Selbstschutzorganisationen", melde sich auf der Redaktion der „Schlesischen Arbeiterzeitung" Unkosten werden vergütet.

Aus dem Waldenburger Revier.

Nieder-Salzbrunn. Einen recht gemeinen Akt von Roheit leistete sich dieser Tage der hier recht berühmte (wegen seiner Flegeleien) Mühlenbesitzer Bruno Langer streikenden Porzellanarbeitern gegenüber. Stand da vor dem Betriebe von Franz Prause der Porzellanarbeiter Robert Gutschker Streikposten, als gerade der nebenan wohnende Mühlenbesitzer Langer vorüberging und wahrscheinlich, wie schon oft, sich in seinem Schnapsdusel als Retter des Bürgertums vor der Arbeiterschaft fühlte. Ohne irgendeine Ursache zu haben, schrie dieser sattsam bekannte Maulheld den Streikposten an: Was machst du hier, ihr faulen Aeser, gelt, auf der Wampe liegen und nicht arbeiten, ihr verfluchten Faulenzer. Euch werden wir es zeigen, wie wir es machen. Mit diesen hundsgemeinen Redensarten schlug dieses saubere Früchtchen mit aller Gewalt auf den Streikposten ein und schrie: So machen wir es mit den verfluchten faulen Arbeitern. Du junger Bengel, wenn du bei mir wärst, bekämst du alle Tage Dresche und nichts zu fressen. Da der so arg mißhandelte G. diesem roben und gemeinen Patron nicht mächtig war und um Hilfe rief, suchte dieser Feigling schleunigst das Weite. Es ist nur der Ruhe und Besonnenheit der streikenden Porzellanarbeiter zu danken, daß sie diesem Rohling nicht schon diese Beschimpfungen recht drastisch auf sein faules Fell quittiert haben, denn gerade diesem sauberen Früchtchen kann es wirklich nicht schaden, wenn er mal wieder in recht üblichen Berührung mit Arbeitern käme, da dieser Langer hier und in der Umgegend als der größte und auch gemeinste Arbeiterfeind bekannt ist und selbst von jedem anständigen Bürger in weitem Bogen umgangen wird. Wie wir hören, ist vom Vater des Gemißhandelten gegen Langer Strafantrag gestellt worden. Hoffentlich erhält dieser „Arbeiterfreund" einmal einen gehörigen Denkzettel. Den Arbeitern raten wir, jede Gemeinschaft mit diesem Rohling zu meiden, der soll seinen Fusel und sein Bier allein saufen und nicht denken, wenn er Arbeitern etwas anbietet, wären seine Gemeinheiten wieder vergessen.

Altwasser. In der Mittagsstunde des 20. September wurden die Bewohner durch Feueralarm aufgeschreckt. Auf der nahen Wilhelmshöhe war ein Waldbrand ausgebrochen, und nur dem ruhigen Wetter war es zu verdanken, daß dieser Brand nicht größeren Schaden anrichtete. Durch das tatkräftige Eingreifen der Feuerwehr konnte die Brandfläche eingedämmt werden. Die Ursache des Brandes ist noch nicht aufgeklärt.

Aus der Provinz.

Gegen monarchistische Provokation.

Der „Held der Skagerrakschlacht", Admiral Scheer, reist in Schlesien herum und hält Vorträge über die glorreiche Vergangenheit Deutschlands. Da die Arbeiter mit Recht diese Vorträge und die damit verbundene Verherrlichung der Monarchie als eine Provokation empfinden, kam es in Striegau und Glogau zu Zusammenstößen. In Striegau forderten gleich zu Beginn der Versammlung die Arbeiter die Räumung des Lokals innerhalb 10 Minuten. Der Versammlungsleiter Nakiella forderte die Arbeiter auf, dem Vortrag ruhig zuzuhören, man müsse aber bedenken, daß man in Admiral v. Scheer den Mann vor sich habe, der im Jahre 1917 jeden Matrosen habe erschießen lassen. Darauf setzte ein großer Tumult ein. Der Redner wurde von der Galerie mit Geschirr beworfen. Man forderte sofort die Entfernung der deutschen Kriegsflagge von der Bühne und den Wegtritt des Admirals. Als dies nicht geschah, entspann sich eine Schlägerei zwischen den Parteien. Der Vortrag wurde verhindert.

In Glogau verhinderte ein großes Aufgebot von Stvo die Sprengung der Versammlung. Die Ansammlung einer großen Masse von Arbeitern auf dem Marktplatz dauerte bis Mitternacht.

Liebau. Wie Arbeiterschutzgesetze beachtet, wie Arbeiterinnen noch zur Nachtzeit ausgebeutet werden, zeigt folgendes: Bei der Firma Wihard, A.-G., wird seit vierzehn Tagen in der Abteilung Knickerei und Schwingerei dreischichtig gearbeitet. Die Arbeit wird von Frauen und Mädchen ausgeführt. Bezeichnend ist dabei, daß folgende Instanzen davon Kenntnis haben: Der Betriebsrat, die Organisationsleitung des Textilarbeiterverbandes, der Vorstand des Ortsausschusses der freien Gewerkschaften und Herr Gewerberat Fischer. Aber niemand hat es für nötig gehalten, hier sofort Abhilfe zu schaffen. Zunächst gibt es genug arbeitslose Männer, die man zur Nachtzeit beschäftigen könnte. Besonders nette Zustände scheinen auch noch in der Abteilung Weberei zu herrschen. Dort wird 46 Stunden gearbeitet. Sonnabends nachmittag werden immer noch Arbeiter und Arbeiterinnen zur Arbeit herangezogen. Als einige den Meister fragten, wie es mit der Bezahlung der Ueberstunden sei, wurde ihnen erwidert, diese Zeit müßte als Gegenleistung für die Teuerungszulage geleistet werden.

In Liebau macht sich jetzt eine sogenannte Ueberwachungsgesellschaft breit. Aehnlich wie in Landeshut, wo sich ein ehemaliger Offizier mit seinem Stabe breit gemacht hat, soll es jetzt hier werden. Wir sind absolut nicht dagegen, daß auch Offiziere ordentliche Arbeit leisten. Diese Arbeit soll aber nicht darin bestehen, unter dem Namen „Ueberwachungszentrale" eine neue Art von Orgesch aufzumachen. Denn diese Herren wollen möglichst unter sich bleiben. Anstatt einige Kriegsbeschädigte einzustellen, wählen sie ihre Wächter aus den Arbeitsgemeinschaften und dem ehemaligen Selbstschutz. Die Arbeiter sollten sich diese Leute etwas näher ansehen. Insbesondere sollten sie sich weigern, wenn diese Neueinrichtung sich auswachsen sollte zu einer Fabrikpolizei.

Neu-Salzbrunn. Am Sonntag, den 16. Oktober 1921, fand in Neu-Salzbrunn eine Mitgliederversammlung statt. Genosse Vogt verlas einige Rundschreiben von Zentrale, Bezirk und Unterbezirk. Auch wurde der Görlitzer Parteitag der SPD. in Erwähnung gezogen und darüber diskutiert. Weiter wurde Genosse Sender zum Bezirksparteitage gewählt. Nun kam als dritter Punkt die Rußland-Hilfe. Ein dreigliedriges Komitee zur Organisierung der Russenhilfe wurde gewählt. Auch wurden Sammellisten für die Mitglieder herausgegeben und den Genossen ans Herz gelegt, soviel wie möglich für unsere Brüder und Schwestern zu spenden. Eine Sammlung am Schluß der Versammlung für letzteren Zweck ergab 200 Mark. Wir fordern hiermit alle Genossen auf, sich an den Arbeiten der Partei rege zu beteiligen.

Versammlungskalender.

KPD. Breslau. Donnerstag, den 27. Oktober, abends 7 Uhr, findet im Parteibüro der Referentenkursus statt. Es werden alle Genossen, die sich für befähigt halten, gebeten, zu erscheinen. Die Ortsleitung.

Breslau. Kommunistische Jugend. Donnerstag, den 27. Oktober, abends 7 Uhr, in der Schule Minorittenhof außerordentliche Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Alle Mitglieder haben zu erscheinen, bei Nichterscheinen erfolgt Ausschluß. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Ortsleitung der K. J. Breslau.

KPD.-Breslau. Distriktsabende finden statt: Donnerstag, den 27. Oktober, abends 7 Uhr: Distrikt 1—2, 5, 7a, 8. Freitag, den 28. Oktober, abends 7 Uhr: Distrikt 3a, 3—13, 4—14, 5a, 6, 7, 9, 9a, 10, 12. Die Mitglieder werden aufgefordert, mit ihren Frauen vollzählig in den Distriktsversammlungen zu erscheinen. Referenten sind anwesend. Die Ortsleitung.

Penzig. Donnerstag, den 27. Oktober, abends 7½ Uhr, bei Herbig Monats-Versammlung. Alle Mitglieder sind verpflichtet, zu erscheinen. Die Leitung.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48. Tel. Lützow 1956 und 1957.

Hundesteuer.

Vom 26. Oktober d. J. ab ist das Büro V, Königsplatz 2, für die Verwaltung der Hundesteuer zuständig.

Die Steuerbeträge sind, wie bisher, an das Städtische Einziehungsamt, Elisabethstraße 9a, zu zahlen.

Breslau, 22. Oktober 1921.

Magistrat, Steuerverwaltung.

Wiederverkäufer!

Empfehle mich zum Bezuge guter

Kern-, Toilett-, Schmierseifen, Kerzen, Streichhölzern, Weihnachtskerzen, Schuhcremen, bestem Leder- und Wagenfett, Oelen, Seifenpulver und Soda.

Musiersendung von 100 M. an per Nachnahme.
Preisliste gratis.

L. Lehnart, Breslau, Poststr. 7.

Ich bestelle hiermit ___ Exemplar der

„Schlesischen Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands.
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.

Abonnementspreis frei Haus monatlich 6.10 M., wöchentlich 1.50 M.

Name: _____

Beruf: _____

Ort: _____

Straße und Hausnummer: _____

Bestellungen nimmt jedes Postamt sowie die Expedition entgegen.